



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7282 Christ

#### Neue Vorschriften betreffend kostenloser Verbreitungsanspruch durch Netzbetreiber?

Für die SRG sowie Sender mit Gebührenanteil besteht ein kostenloser Verbreitungsanspruch durch Netzbetreiber in alle Schweizer Haushalte. Dieser Verbreitungsanspruch wurde in der Vergangenheit immer weiter erhöht. Umgekehrt haben die Betreiber derzeit keinen Anspruch, dass sie die entsprechenden TV-Signale von der SRG in der bestmöglichen Qualität und diskriminierungsfrei erhalten. Plant der Bundesrat entsprechende Vorschriften, in welche Richtung gehen diese u. wann ist damit zu rechnen?

#### Antwort:

Netzbetreiber, die Rundfunkprogramme über Leitungen anbieten, müssen die Programme der SRG und die konzessionierten Programme mit Leistungsauftrag «in ausreichender Qualität und unentgeltlich» verbreiten.

Die Zahl der verbreitungspflichtigen Radio- und TV-Programme ist seit Jahren unverändert. Sie beläuft sich auf 20 TV-Programme sowie rund 60 Radioprogramme, verteilt auf die Sprachregionen. Die SRG stellt den Netzbetreibern ihre Programme via Satellit im europaweit üblichen «High Definition»-Format zur Verfügung. Da sich alle Netzbetreiber bei den Satellitensignalen bedienen können, findet keine Diskriminierung statt. Die privaten konzessionierten TV-Veranstalter führen ihre Programme in der Regel im selben Format wie die SRG, jedoch über Breitbandnetze zu.

Sowohl die SRG als auch die privaten Veranstalter sind bestrebt, ihr Publikum in bestmöglicher Qualität zu bedienen. Da bisher keine Klagen seitens der Netzbetreiber oder des Publikums bekannt sind, besteht aus Sicht des Bundesrates kein Anlass, an dieser Praxis etwas zu ändern.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7292 Birrer-Heimo Bareinzahlung nur noch am Postschalter

PostFinance stellt ihre störungsanfälligen Bareinzahlungsautomaten per 31.07.21 ersatzlos ein, begründet mit sinkenden Nutzungszahlen. Stichproben zeigten auf, dass Bareinzahlungen kaum getätigt werden können, da die Geräte defekt sind.

Bargeld soll nur noch am Postschalter einbezahlt werden können. Dies ist bedenklich, insbesondere für Personen, die auf Bargeld angewiesen sind.

Wie beurteilt der Bundesrat diese Situation? Entspricht die Schaltereinzahlung dem Grundversorgungsauftrag der Post?

#### Antwort:

Die PostFinance muss die Grundversorgung im Zahlungsverkehr sicherstellen. Dazu gehört unter anderem die Bareinzahlung auf das Konto eines Dritten oder auf das eigene Konto. Bei der Ausgestaltung ihres Angebots soll sich die Post an den Bedürfnissen der Kundschaft orientieren. Sie kann den Zugang beispielsweise mittels Poststellen, Geldautomaten, Briefverkehr oder einem elektronischen Zahlungsverkehrssystem garantieren. Bestandteil des Grundversorgungsauftrags ist jedoch nur die Bareinzahlung am Postschalter.

Die Post muss die Grundversorgung eigenwirtschaftlich finanzieren. Sie soll deshalb bei der konkreten Ausgestaltung des Postnetzes innerhalb der rechtlichen Vorgaben über unternehmerischen Spielraum verfügen und in ihren Entscheiden auch wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigen dürfen.

Gemäss Angaben der Post verfügen von den schweizweit betriebenen 1000 Postomaten 43 Geräte zusätzlich zur Auszahl- auch über eine Einzahlungsfunktion. Der Betrieb dieser Postomaten mit Einzahlungsfunktion ist sehr kostspielig und aufwändig, während die Nutzungszahlen rückläufig sind. Deshalb nimmt PostFinance die Einzahlungsmatrimonien per 31. Juli 2021 ausser Betrieb. Als Alternative können Privat- und Geschäftskunden ihr Bargeld auf einer der rund 900 Postfilialen einzahlen oder den Hausservice nutzen, wenn es keine Poststelle gibt.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7294 Candinas**

#### **Wie sieht der Fahrplan für die Revision der Jagdverordnung aus?**

Der Bundesrat hat auf meine Frage 21.7133 ausgeführt, dass "Nichtstun angesichts der Entwicklung des Wolfbestandes keine Option darstellt". Weiter führt er aus: "Sobald National- und Ständerat die beiden Motionen angenommen haben, wird das UVEK die Anpassungen rasch vorantreiben". In der Zwischenzeit wurden die Motionen von den Räten angenommen. Wie sieht der genaue und ganz konkrete Fahrplan aus? Wird der Bundesrat eine griffige Änderung der Jagdverordnung per Sommerbeginn 2021 beschliessen?

#### **Antwort:**

Die Revisionsvorlage beinhaltet in Übereinstimmung mit den beiden Motionen die Erleichterung der Regulierung von Wolfsbeständen, die Erleichterung des Abschusses schadenstiftender Einzelwölfe und die Stärkung des Herdenschutzes. Mit einer verkürzten Vernehmlassungsfrist sollte die revidierte Jagdverordnung rechtzeitig auf den Alpsommer hin in Kraft gesetzt werden können.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7296 Wobmann Schutz der Amphibienlaichgebiete

Ist es zulässig, dass private Grundstücke ohne Wissen, Nachfrage und rechtliches Gehör des Inhabers sowie des Betreibers eines Grundstückes in das Inventar der schützenswerten Amphibienlaichgebiete aufgenommen werden?

#### **Antwort:**

Gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz legt der Bundesrat nach Anhörung der Kantone die nationalen Biotopinventare und deren Schutzziele verbindlich fest. So auch das Inventar für die wertvollsten Amphibienlaichgebiete. Dabei bestimmt der Bundesrat die Lage dieser Biotope nach wissenschaftlichen Kriterien. Die Kantone formulieren Schutz- und Unterhaltmassnahmen zur Zielerreichung und setzen diese um. Dabei hören sie die Grundeigentümerinnen und -eigentümer sowie die Nutzungsberechtigten an. Den Grundeigentümerinnen und -eigentümern sowie den Nutzungsberechtigten steht der Rechtsweg offen.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7298 Baumann**

#### **Module der Vollzugshilfe Umweltschutz in der Landwirtschaft sind veraltet**

Sämtliche Module der Vollzugshilfe Umweltschutz in der Landwirtschaft stammen von 2012 und 2013. Seither sind bezüglich Bodenschutz, Pflanzenschutz, Nährstoffe und baulicher Umweltschutz Strategien verabschiedet, Gesetze und Verordnungen angepasst und Entscheide gefällt worden.

- Sind die Vollzugshilfen heute noch gültig, aktuell bzw. zielführend und wenn ja, warum?
- Wenn nein, plant der Bund eine Neuauflage der Vollzugshilfen und wenn ja, wann werden sie publiziert? Wenn nein, warum nicht?

#### **Antwort:**

Die Vollzugshilfen basieren auf den jeweiligen Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen. Sie werden regelmässig auf ihre Aktualität hin geprüft und nach Bedarf und in Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden aktualisiert. Gegenwärtig werden beispielsweise nach der Revision der Luftreinhalte-Verordnung vom Februar 2020 die drei betroffenen Module der Vollzugshilfe überarbeitet.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7299 Baumann**

#### **Was hat die Pilotkampagne Luftverfrachtung von Pestiziden ergeben?**

Auf meine Interpellation 20.3767 antwortete der Bundesrat, eine Pilotkampagne zur Luftverfrachtung von Pestiziden habe im Mai 2020 an 9 Standorten begonnen und werde bis Herbst 2020 fortgesetzt. Im Sommer 2020 würden zudem an bestimmten Ausbringungsorten experimentelle Messungen durchgeführt. • Was besagen die Resultate aus Pilotkampagne und experimentellen Messungen? • Wann werden sie publiziert und welche Massnahmen ergreift der Bund?

#### **Antwort:**

Die Auswertung des Pilotprojekts ist im Gang. Der Schlussbericht wird voraussichtlich Ende Frühjahr 2021 vorliegen und publiziert. Aufbauend auf den Schlussergebnissen werden der Handlungsbedarf und das weitere Vorgehen festgelegt werden können.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7324 Addor

#### Langage "inclusif" : pas dans les médias d'Etat !

Le Conseil fédéral juge-t-il acceptable qu'un média d'Etat financé par une redevance imposée serve de laboratoire idéologique, pour ne pas dire d'officine de propagande à cette douteuse opération de déconstruction de notre langue qu'est le langage prétendument "inclusif" ou épïcène ? Va-t-il tout entreprendre pour mettre un terme immédiat à ce coup de force idéologique pour contraindre la RTS à s'en tenir à l'usage d'une langue simplement correcte ?

#### Réponse :

Le recours à des formulations non sexistes n'est pas un phénomène nouveau; la question est débattue depuis longtemps en Suisse. Tant la Confédération que les administrations cantonales et les universités ont déjà réagi à ces développements sociaux dans leur utilisation de la langue. Que la SSR s'en préoccupe aussi actuellement est compréhensible. Il n'y a toutefois pas d'obligations, ni de prescriptions à ce sujet.

La SSR doit remplir un mandat de service public complet, au service de la population, et est liée par un cadre juridique de droit public. La SSR est une association privée régie par le droit des sociétés anonymes, qui exploite une entreprise de médias. Dans la conception de ses programmes de radio et de télévision, elle est tenue de respecter les dispositions et les conditions définies dans la loi et la concession. La Confédération n'a pas la compétence d'édicter d'autres prescriptions, car elle doit aussi respecter l'autonomie des programmes de radio et de télévision garantie par la Constitution. Il revient donc uniquement à la SSR, ou à la RTS, de décider quels mots et expressions sont utilisés dans les émissions.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7326 Brenzikofer Entwicklung des Modalsplit während der Covid-Pandemie

Wie Zahlen des BFS zum Modalsplit zeigen, hat sich der Anteil von Autopendlerinnen wieder dem Niveau vor der Pandemie angeglichen. Der Anteil an Zugpendlerinnen sich jedoch im Vergleich zum Vorjahr halbiert.

1. Welche Massnahmen plant der Bundesrat, um umweltpolitische Rückschritte im Pendlerverkehr zu verhindern?
2. Wie kann der Anteil der Zugpendler\*innen wieder erhöht werden?

#### **Antwort:**

Die langfristigen Folgen der Pandemie für die Mobilität sind zum aktuellen Zeitpunkt ungewiss. Durch die epidemiologischen Massnahmen des Bundesrates wurde verlangt, die Mobilität einzuschränken. Die Home-Office-Pflicht gilt weiterhin. Der öffentliche Verkehr war und ist als Massenverkehrsmittel naturgemäss stark davon betroffen.

Die primäre Aufgabe des Staates bleibt, die Pandemie schnell zu überwinden. Damit wird das Vertrauen in sicheres Reisen zurückkommen und mit dem Vertrauen kommen auch die Pendlerinnen und Pendler, die Freizeitreisenden, die Touristen und alle, die an einen Event reisen möchten.

Im gesamten öffentlichen Verkehr werden bereits heute solide Schutzkonzepte umgesetzt und die Benutzung des öffentlichen Verkehrs steigt tendenziell wieder an. Derzeit sieht der Bundesrat keine weiteren Massnahmen vor; er wird die Situation jedoch beobachten.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7331 Pult PCB-Belastung am Spöl

Seit 2016 ist bekannt, dass der Bergbach Spöl im Schweizerischen Nationalpark mit nicht abbaubarem und krebserregendem «PCB» belastet ist, der von Kraftwerksanlagen der Engadiner Kraftwerke (EKW) stammt. Bis jetzt konnte mit der EKW keine Einigung über die Sanierung gefunden werden.

Wie schätzt der Bundesrat die Situation am Spöl ein? Teilt er die Ansicht der Eidgenössischen Nationalparkkommission, dass eine Sanierung des Spöls dringend notwendig ist?

#### Antwort:

Die bestehende Verunreinigung des Spöl mit PCB belastet die Umwelt stark. Die Sanierung des Flusses ist daher auch aus Sicht des Bundes dringend geboten. Vertreter der Bundesämter für Energie und Umwelt haben deshalb in der vom Kanton Graubünden eingesetzten Task Force zusammen mit Vertretern des Nationalparks auch mitgearbeitet. Das Amt für Natur und Umwelt des Kantons Graubünden hat dazu Mitte Februar 2021 eine Sanierungsverfügung erlassen.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7332 Pult PCB-Grenzwerte in der Schweiz

Gemäss einer Studie der ETH waren 2019 schweizweit noch 200 Tonnen «PCB» in Gebäuden und Anlagen verbaut. Das höchtoxische, in der Natur nicht abbaubare Gift ist überall zu finden: in der Umwelt, in unseren Lebensmitteln, im menschlichen Körper. Der Grenzwert für die Aufnahme über Nahrungsmittel liegt in der Schweiz bei 12pg/kg Körpergewicht.

Warum gibt es in der Schweiz keine Grenzwerte für «PCB» in der Umwelt? Wären solche nicht notwendig, um die Umwelt wirksam zu schützen?

#### **Antwort:**

Es gibt Grenzwerte für PCB in der Umwelt. Die Altlasten-Verordnung enthält Werte für das Grundwasser und Oberflächengewässer, die im Falle einer Verschmutzung angewendet werden. In der Altlasten-Verordnung sowie in der Verordnung über Belastungen des Bodens sind die Werte für landwirtschaftliche Böden und für Garten- und Spielplatzböden festgelegt. Diese Werte beruhen auf der Toxizität der PCB für Mensch und Tier und ermöglichen die Abschätzung der Risiken und des Sanierungsbedarfs. Im Auftrag des UVEK prüft das Bundesamt für Umwelt (BAFU) derzeit die Einführung von Grenzwerten in anderen Bereichen – beispielsweise in der Gewässerschutzverordnung.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7356 Fivaz Fabien

**Obstacle de financement à la mise en service de bus électriques sur les lignes régionales: le Conseil fédéral envisage-t-il un correctif ?**

La mise en service de bus régionaux électriques renchérit en général le coût d'exploitation d'une ligne. Pourtant, alors qu'un soutien fédéral serait nécessaire pour absorber ces coûts et inciter un report de l'énergie thermique vers l'électrique, ce soutien n'est attribué que si la ligne atteint un certain seuil de rentabilité financière. Quelle est la raison de ce soutien conditionnel? Le Conseil fédéral va-t-il corriger cet obstacle à la transition énergétique des transports publics?

### Réponse :

A l'heure actuelle, et pour ce qui concerne le trafic régional de voyageurs, on ne peut pas dire que la directive existante sur la rentabilité minimale constitue un obstacle au remplacement de véhicule routiers pour des bus électriques. En effet, les critères de rentabilité exigés actuellement sont plutôt bas.

Si cette directive devait en effet constituer un obstacle, alors une adaptation pour considérer le cas des lignes exploitées par bus électriques pourrait être en effet envisageable.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7359 Pasquier

**A quelle échéance le Conseil fédéral prévoit-il la consultation sur le Plan d'action pour la réduction des pesticides?**

Dans sa réponse à 20.5742, le Conseil fédéral écrit qu'une consultation sur le Plan d'action pour la réduction des pesticides est prévue cette année. En ce qui concerne les pesticides, il souligne également à plusieurs reprises qu'il attache une grande importance à la transparence.

- Quand exactement le Conseil fédéral prévoit-il d'organiser cette consultation?
- De quelle manière cette consultation sera-t-elle menée?
- Quelles parties prenantes seront impliquées ?

### Réponse:

La consultation mentionnée dans la réponse à la question 20.5742 concerne une modification de l'ordonnance sur les produits phytosanitaires relative au renforcement des critères d'homologation des produits phytosanitaires destinés à des non-professionnels. Le DETEC a ouvert cette consultation le 11 mars 2021 dans le cadre du train d'ordonnances concernant l'environnement. Cette consultation s'adresse aux cantons, aux partis et aux organisations concernées.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7362 Trede Struktureller Sexismus bei Tamedia

Hat der Bundesrat Kenntnis genommen des öffentlichen Briefs von 78 Tamedia-Journalistinnen, die strukturellen Sexismus im Unternehmen benennen und dokumentieren? Wird der Bundesrat handeln? Macht er sich Überlegungen, in der Medienförderung auch ethische und Diversity-Aspekte zu beachten?

#### **Antwort:**

Der Bundesrat hat über die Medien Kenntnis vom offenen Brief der Tamedia-Journalistinnen erhalten. Er verurteilt prinzipiell alle Formen von Diskriminierung, Belästigung und Mobbing am Arbeitsplatz.

Die Berücksichtigung von ethischen und Diversity-Kriterien ist aber weder im Radio- und Fernsehgesetz noch im Postgesetz bei der Medienförderung vorgesehen. Aus Sicht des Bundesrates würden sich solche Kriterien auch nicht eignen. Ihre Überprüfung wäre wegen der hohen Komplexität und Sensibilität des Themas kaum möglich. Der Umgang mit Gleichstellungsfragen und Sexismus ist primär eine Frage der Unternehmenskultur. Die Regelung solcher Aspekte ist Gegenstand von arbeitsrechtlichen Massnahmen. Diese können zum Beispiel im Rahmen eines Gesamtarbeitsvertrages geregelt werden.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7291 Flach

#### Referendumsabstimmung zum Covid-19-Gesetz

Für den Fall, dass das Covid-19-Gesetz (in der Fassung vom 25. September 2020) an der Volksabstimmung vom 13. Juni 2021 ablehnt werden sollte: Was wären die rechtlichen Folgen für die Änderungen des Covid-19-Gesetzes, die:

- am 18. Dezember 2020 beschlossen wurden?
- voraussichtlich an der laufenden Frühjahrsession beschlossen werden?

#### Antwort

Das Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie vom 25. September 2020 (Covid-19-Gesetz; SR 818.102) ist ein dringliches Bundesgesetz nach Artikel 165 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101). Die Referendumsabstimmung findet am 13. Juni 2021 statt. Würde das Covid-19-Gesetz in der Referendumsabstimmung abgelehnt, hätte dies die folgenden unmittelbaren rechtlichen Konsequenzen:

- Das Gesetz gilt bis zum 25. September 2021 weiter (Art. 165 Abs. 2 BV). Danach kann das Gesetz nicht mehr erneuert werden (Art. 165 Abs. 4 BV).
- Alle Änderungen des Covid-19-Gesetzes, welche die Bundesversammlung seit dem 25. September 2020 beschlossen und dringlich in Kraft gesetzt hat, fallen nach dem 25. September 2021 dahin. Das gilt entsprechend auch für Änderungen, die in der laufenden Frühjahrsession beschlossen werden.

Aus rechtlicher Sicht bestehen bei einer Ablehnung folgende Möglichkeiten:

- Die Überführung in ein oder mehrere nicht dringliche Bundesgesetze ist zulässig. Die Inkraftsetzung ist erst nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder nach gescheiterter Referendumsabstimmung möglich.
- Verfassungsunmittelbaren Verordnungen des Parlaments oder des Bundesrates wären grundsätzlich möglich (Art. 184 Abs. 3, Art. 185 Abs. 3 bzw. Art. 173 Abs. 1 lit. c BV). Allerdings ist klar festzuhalten, dass das Ausserkrafttreten des Covid-



Gesetzes aufgrund einer Ablehnung in der Referendumsabstimmung für sich allein genommen die Voraussetzungen nicht erfüllt, um gestützt auf diese Grundlagen tätig zu werden.

- Die Voraussetzungen für verfassungsunmittelbare Verordnungen sind
  - o unmittelbar drohende oder bereits eingetretene schwere Störung;
  - o keine bestehende gesetzliche Grundlage für die sachlich gebotenen Massnahmen zur Gefahrenabwehr;
  - o zeitliche Dringlichkeit, weil Ereignisse eingetreten sind, die im Zeitpunkt der Abstimmung nicht vorhersehbar waren.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7256 Bellaïche**

#### **Wie ist das weitere Vorgehen in Bezug auf Gaia X?**

Welche Haltung nimmt der Bundesrat gegenüber der Initiative Gaia X ein, resp. wie plant er die Partizipation der Schweiz und der Schweizer Anbieter an Gaia X? Der Bundesrat hielt im Dezember fest, den Einbezug der in Gaia X prüfen zu wollen. Mittlerweile wurden die Strukturen von Gaia X festgelegt, und die Organe werden derzeit personell besetzt. Die Schweiz spielt in diesem Prozess keine Rolle und ist auch nicht als Datenhub vorgesehen. Die Schweiz könnte den Anschluss verpassen.

#### **Antwort**

Im Nachgang der Bedarfserhebung zu einer SwissCloud hat der Bundesrat am 11. Dezember 2020 unter anderem beschlossen, die internationale Vernetzung und den Einbezug der Schweiz in europäische Initiativen wie GAIA-X zu prüfen. Dazu gehört auch die Prüfung der Frage eines sogenannten GAIA-X-Hubs in der Schweiz. Im Rahmen dieser zurzeit laufenden Arbeiten findet ebenfalls ein Austausch mit Deutschland statt. Dieser Austausch stellt sicher, dass die aktuellsten Informationen und Entwicklungen in die Abklärungsarbeiten einfließen.

Der Bundesrat teilt die Befürchtung, den Anschluss zu verpassen, nicht. Schweizer Unternehmen sind bereits heute in GAIA-X involviert, es bestehen bis dato keine Zugangshindernisse für unsere Wirtschaft.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7263 Roduit Pour de nouvelles élections en Biélorussie

Lors de sa visite officielle dans les pays baltes le 16.10.2020, la présidente du CN, Isabelle Moret, et sa délégation parlementaire ont rencontré l'opposante biélorusse Svetlana Tikhonovskaya et ont lancé, dans une déclaration devant les médias, un appel aux autorités biélorusses pour organiser de nouvelles élections présidentielles en Biélorussie et de garantir un débat démocratique ouvert et respectueux. Qu'est-ce que le Conseil fédéral entreprend concrètement pour appuyer cette déclaration ?

### Réponse

Dans ses interventions sur la situation au Belarus, le Conseil fédéral a notamment appelé à la fin des violences contre les manifestants pacifiques, au respect du droit de réunion et d'expression, et à un dialogue inclusif avec tous les acteurs concernés. La satisfaction de ces exigences est une condition nécessaire, avant que de nouvelles élections équitables et transparentes puissent être organisées. Pour cette raison, le DFAE n'a évoqué la possibilité de nouvelles élections qu'au début de la crise.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7283 Zuberbühler**

#### **Die Rolle des Islam im Nahostkonflikt sowie die Ausblendung der Hamas in der MENA-Strategie**

Die wirtschaftlichen wie auch politischen Herausforderungen im Nahostkonflikt sind komplex. Mit der MENA-Strategie will der Bundesrat diesen nun ganzheitlich begegnen.

- a) Weshalb geht die MENA-Strategie nicht auf die Rolle des politischen und religiösen Islams ein, obwohl dieser eine der primären Blockaden zur Kompromissbereitschaft und Friedensbemühung darstellt?
- b) Weshalb findet die Hamas, trotz ihrem korrupten und völkerrechtswidrigen Verhalten, nur eine einzige Erwähnung in der Strategie?

### **Antwort**

Die Beziehung zwischen Religion und Politik wird in der MENA-Strategie thematisiert. Insbesondere betont der Bundesrat, dass Religion durch politische Akteure, einschliesslich nichtstaatlicher Akteure, instrumentalisiert werden und eine Konfliktursache sein kann. Das hat Konsequenzen für die Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Menschenrechte.

In Bezug auf die Hamas ist festzuhalten, dass die Schweiz einen Dialog mit allen relevanten Akteuren in einem Konflikt unterhält. Es ist ein wesentlicher Bestandteil ihrer Vermittlerrolle. Die Achtung des Völkerrechts und der Rechtsstaatlichkeit sowie die innerpalästinensische Versöhnung gehören zu den Prioritäten ihres Dialogs mit der Hamas und sind ein integraler Teil der MENA-Strategie.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7284 Zuberbühler

#### Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen in Partnerländern der internationalen Zusammenarbeit: Antidiskriminierungsklausel

Verträge der DEZA mit im Nahostkonflikt involvierten NGO enthalten neu die "Antidiskriminierungsklausel" (gem. dem Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Motion 16.3289 Imark vom 26. April 2016 und des Postulates 18.3820 Bigler vom 25. September 2018).

- a) Welche Stelle der DEZA überprüft bei jedem Vertragspartner resp. bei jedem Subunternehmer deren Einhaltung?
- b) Gedenkt der Bundesrat den Begriff «Delegitimierung von Staaten» ebenfalls in die Klausel zu integrieren und falls nicht, weshalb?

### Antwort

Für die Auswahl und Überprüfung von Projekten und Partnern agiert die DEZA über ihre lokalen Vertretungen und vom Hauptsitz in Bern aus. Das von der DEZA unabhängige Compliance Office des EDA ist für die Bearbeitung von allfälligen Unregelmässigkeiten zuständig, die ihr von Mitarbeitenden, Partnern oder Dritten gemeldet werden.

Die Antidiskriminierungsklausel basiert auf dem schweizerischen Strafgesetzbuch, Art. 261bis. Der Begriff «Delegitimierung von Staaten» ist hingegen zu vage. Das Risiko, dass Aussagen von NGO (zum Beispiel gegen autoritäre Staaten) als Provokation aufgefasst werden könnten, soll nicht ausschlaggebend sein für eine Schweizer Unterstützung. Mit der gleichen Überlegung haben beide Räte im Rahmen der Behandlung der Motion 16.3289 Imark auf eine Forderung in diese Richtung verzichtet.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7285 von Siebenthal**

#### **Doktrin der palästinensischen Autonomiebehörde an Kinder und Jugendliche**

In einem Webinar vom 17.01.2021 (<https://youtu.be/p3QzaBOakL4>) zeigt Itamar Marcus, Direktor von Palestinian Media Watch, eine Auswahl verstörender, regelmässig wiederkehrender «Botschaften» der palästinensischen Autonomiebehörde an die palästinensische Bevölkerung, speziell an Kinder und Jugendliche. Diese Doktrin ist nicht nur antisemitisch, sie dämonisiert Israel und ermutigen zu Gewalt und Mord an Juden.

Was unternimmt die Schweiz als Vermittler im Nahostkonflikt in dieser Hinsicht konkret?

### **Antwort**

Die Schweiz verurteilt jeden Aufruf zu Gewalt, Antisemitismus und zur Zerstörung Israels. Wenn eine solche Rhetorik nachgewiesen wird, bringt die Schweiz ihr Missfallen gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde zum Ausdruck.

In Bezug auf die Jugendlichen soll die Schaffung von Arbeitsperspektiven auch zur Gewaltprävention beitragen, wie in der MENA-Strategie des Bundesrats dargelegt.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7289 Gafner Flüchtlingsstatus in der UNRWA

Der vererbte Flüchtlingsstatus, welcher bei der UNRWA praktiziert wird, steht im Widerspruch zur UN HCR-Definition von Flüchtlingen. Diese Praxis hält die Palästinenser in ihrem Status gefangen und macht ihr Schicksal von politischen Entscheidungen abhängig.

Welche Haltung vertritt der Bundesrat zum Flüchtlingsstatus innerhalb der UNRWA? Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass die Anpassung des Status an die völkerrechtliche Praxis einen wichtigen Schritt zur Friedensfindung beitragen würde?

### Antwort

In seinem Bericht zur UNRWA vom 14. Oktober 2020 beleuchtet der Bundesrat auch die Flüchtlingsdefinition des Hilfswerks. Auf der Grundlage dieser Definition legt die UNRWA fest, wer berechtigt ist, ihre Unterstützungsleistungen zu beziehen. Nachfolgende Generationen von Flüchtlingen registrieren sowohl die UNRWA als auch das UNHCR (Beispiele sind Afghanistan und Somalia). Die diesbezügliche Praxis unterscheidet sich geringfügig. Hingegen sind bei der UNRWA im Gegensatz zum UNHCR und zur Genfer Flüchtlingskonvention abgesehen vom Tod keine Gründe für den Verlust des Flüchtlingsstatus vorgesehen. So erlischt beim UNHCR das Recht auf Unterstützung, wenn Flüchtlinge in ihrem Gastland Bürgerrechte oder die Staatsangehörigkeit erhalten. Im Falle der UNRWA hätte eine solche Regelung weitreichende Konsequenzen. Die grosse Mehrheit der heute 2.2 Mio. UNRWA-registrierten Flüchtlinge in Jordanien besitzt den jordanischen Pass. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die Flüchtlingsfrage im Rahmen einer politischen Gesamtlösung geklärt werden muss.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7290 Gafner Einsatz der UNRWA-Gelder

Im UNRWA-Bericht (Postulat 18.3557 Nantermod) hält der Bundesrat fest, die Finanzierung der UNRWA neu auf zwei, anstatt wie früher auf vier Jahren, festzulegen.

- Wofür werden die Finanzen konkret gesprochen? Für sog. «core contribution» oder spezifische Projekte?
- Wie gedenkt der Bundesrat den zweckmässigen Einsatz der Schweizer Gelder zu überwachen?
- An welche konkreten Bedingungen wird die Finanzierung geknüpft?

### Antwort

Der Bundesrat hat am 18. November 2020 beschlossen, die UNRWA 2021 und 2022 mit 20 Millionen Franken pro Jahr zu unterstützen. 19 Millionen pro Jahr sind ein Kernbeitrag zur Finanzierung von Basisdienstleistungen, insbesondere im Gesundheits- und Bildungssektor. 1 Million pro Jahr sind vorgesehen für:

1. Berufsbildungsprojekte,
2. einen Beitrag an die für die Schweiz wesentlichen Reformen als Folge der Untersuchungen im 2019 gegen das UNRWA-Management.

Als Mitglied der beratenden Kommission der UNRWA begleitet die Schweiz die Umsetzung des UNRWA-Mandats. In Koordination mit den relevanten Stellen in Bern überprüfen die Schweizer Vertretungen vor Ort die Projekte der UNRWA. Die Schweiz verfolgt die Umsetzung von Empfehlungen aus Audits und externen Evaluationen eng und ist in regelmässigem Kontakt mit dem UNRWA-Management.



## **Ora delle domande del 15 marzo 2021**

### **Domanda 21.7293 Quadri**

#### **Il CF intende replicare alle sciocchezze dell'Alto (?) commissariato ONU?**

L'Alto commissariato ONU per i diritti umani si intromette con arroganza nella democrazia elvetica, "deplorando profondamente" la votazione popolare favorevole al divieto di dissimulazione del viso. L'Alto commissariato non ha capito che il velo integrale non risponde ad alcun precetto religioso ma è un attributo dell'islam politico, che è incompatibile con i diritti umani.

- È intenzione del CF replicare alle stolte dichiarazioni dell'Alto commissariato ONU difendendo la decisione del popolo?

### **Risposta**

Il Consiglio federale ha preso atto delle dichiarazioni fatte dall'Alto Commissariato delle Nazioni Unite per i diritti umani in seguito al risultato della votazione federale di domenica scorsa. L'Alto commissariato è parte del Segretariato delle Nazioni Unite e gode d'indipendenza nei confronti degli Stati membri. Il suo compito è di promuovere e proteggere i diritti umani nel mondo. Corrisponde alla pratica di quest'ufficio di esprimersi liberamente su questioni legate ai diritti umani, a seguito di situazioni createsi a livello nazionale in qualsiasi Stato. Il Consiglio federale non è stato sollecitato da parte dell'Alto Commissariato a fornire spiegazioni circa il risultato della votazione di domenica e non intende esprimersi nei suoi confronti.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7301 Prezioso

#### Entreprise suisse Louis Dreyfus au Brésil: quel contrôle?

En septembre dernier, je posais une question (20.5700) sur le contrôle des entreprises suisses au Brésil dans le cadre de la Covid, je me référais à une étude de Public Eye sur l'entreprise Louis Dreyfus de Genève et ses violations du droit du travail (embauche, salaires, licenciements) en pleine pandémie mondiale. Le conseiller fédéral Ignazio Cassis m'a dit vouloir "étudier la question". A-t-il obtenu les informations nécessaires pour agir?

#### Réponse

Le Conseil fédéral attend des entreprises suisses et de leurs filiales qu'elles respectent les normes internationales de conduite responsable des entreprises dans leurs activités à l'étranger, notamment les lignes directrices de l'OCDE ou les Principes directeurs de l'ONU.

Dans le cadre de ses plans d'action « Responsabilité sociétale des entreprises » et « Entreprises et droits de l'homme », l'administration fédérale organise régulièrement des événements de sensibilisation sur la mise en œuvre des procédures de diligence raisonnable.

Lorsqu'il s'agit de violations du droit de travail dans un autre pays, la Suisse respecte les procédures des autorités compétentes nationales.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7302 Prezioso

#### Suisse-Maroc: quelle coopération scientifique?

Fin 2020, le Prof. Maati Monjib, universitaire et militant des droits humains a été emprisonné arbitrairement au Maroc, condamné sans procès à un an de prison ferme; les journalistes Hisham Mansouri, Abdessamad Ait Aisha et Hisham Kharbishi sont aussi détenus. Reporters Sans Frontières dénonce une atteinte grave aux droit humains. Le CF ne devrait-il pas témoigner de sa vive inquiétude à l'ambassadeur du Maroc en Suisse (Maati Monjib a entamé une grève de la faim pour faire valoir ses droits)?

#### Réponse

Les droits de l'homme sont un thème prioritaire de la Stratégie MENA 2021-2024. Ils sont régulièrement thématisés avec tous les Etats de la région. Le DFAE est déjà en contact avec l'Ambassade du Maroc à Berne à propos de la situation du Professeur Maati Monjib et des journalistes mentionnés. Selon les informations préliminaires à disposition, les trois journalistes ne sont plus au Maroc depuis 2016.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7303 Prezioso Suisse-Iran: quelle liberté scientifique?

L'anthropologue franco-iranienne Fariba Adelkhah n'a toujours pas été libérée. Sa condamnation et son incarcération violent la liberté de la recherche. L'Académie suisse des Sciences a pressé le CF d'agir pour garantir la liberté de la recherche ici comme ailleurs. Quelles actions le Conseil fédéral a-t-il entrepris ou compte-t-il entreprendre?

### Réponse

Le Conseil fédéral œuvre activement à la promotion des droits de l'homme en Iran. Aux niveaux bilatéral et multilatéral, la Suisse rappelle régulièrement à l'Iran ses obligations internationales et mène avec lui un dialogue spécifique sur les droits de l'homme. Dans ses contacts avec les autorités iraniennes, la Suisse souligne l'importance qu'elle attache à la liberté de recherche, qui est aussi un facteur nécessaire de la coopération scientifique. Le cas de Madame Adelkhah est étroitement suivi par l'ambassade de Suisse à Téhéran. Toutefois, s'agissant d'une binationale franco-iranienne, le rôle prépondérant dans cette affaire est joué par la France et son ambassade sur place.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7304 Prezioso

#### Suisse-Israël: la défense des droits humains sont en jeu

Dans son intervention du 09.03.2021, le CF. Cassis nous rappelait l'importance de la signature de la Convention des droits de l'homme qui, en son article 2, soutient que "la mort ne peut être infligée à quiconque intentionnellement". Aujourd'hui Israël refuse la vaccination contre la Covid-19 à la population palestinienne. Le CF compte-t-il soutenir des mesures visant à faire respecter cette convention ?

#### Réponse

D'après les droits de l'homme, Israël a l'obligation de respecter le droit de chaque personne à la vie ainsi que le droit de jouir du meilleur état de santé physique et mentale qu'elle soit capable d'atteindre sans discrimination aucune. La Suisse appelle régulièrement toutes les parties à respecter le droit international. Elle a notamment appelé Israël à coopérer avec l'Autorité palestinienne concernant l'accès aux soins de santé et la vaccination de la population palestinienne contre la COVID-19. La Suisse a aussi contribué avec 22 millions de francs au programme COVAX, dont le territoire palestinien occupé va bénéficier, afin d'accéder aux doses de vaccination nécessaires pour 20% de sa population.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7333 Walder

#### **Birmanie: il faut faire pression sur l'armée**

Les Nations unies ont appelé la communauté internationale à continuer à faire pression sur l'armée du Myanmar pour que la volonté du peuple soit respectée et pour que le pouvoir soit rendu pacifiquement au gouvernement civil. Que fait le Conseil fédéral notamment dans le cadre de la négociation d'une résolution au Conseil des droits de l'homme, pour donner suite à cet appel ?

### Question 21.7334 Walder

#### **Violations des droits humains en Birmanie. Le conseil de sécurité doit s'en saisir**

Compte tenu de la candidature de la Suisse au Conseil de sécurité (en 2023), que fait le Conseil fédéral pour s'assurer que les rapports sur les violations des droits humains au Myanmar mandaté par le Conseil des droits de l'homme soient transmis au Conseil de sécurité et informe son travail afin de garantir que les responsables pour les violations des droits humains au Myanmar soient tenus responsables, et traduits en justice ?

## Réponse

La Suisse est alarmée par la sévère détérioration de la situation des droits de l'homme au Myanmar. À plusieurs reprises, la Suisse a appelé l'armée birmane à restaurer le gouvernement civil démocratiquement élu et demandé la libération de toutes les personnes arbitrairement détenues. La Suisse a également participé à l'appel commun pour la session extraordinaire du Conseil des droits de l'homme et soutient la résolution qui condamne en termes les plus sévères la situation au Myanmar.

Le Conseil de sécurité a déjà été saisi de la situation. La Suisse s'engage pour une coopération renforcée entre le Conseil de sécurité et le Conseil des droits de l'homme.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7342 Matter Michel**

#### **Untersuchungs-Anspruch des Internationalen Strafgerichtshofs bezüglich Israels Praxis in den palästinensischen Gebieten**

Am 5. Februar entschied der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) die Untersuchung unbegründeter Anschuldigungen bezüglich Menschenrechtsverletzungen, die angeblich von Angehörigen der israelischen Armee begangen wurden, zuzulassen. Dies, obwohl Israel keine Vertragspartei des IStGH ist und seiner Gerichtsbarkeit nicht zugestimmt hatte. Gegen den Untersuchungs-Anspruch opponierten nebst Israel auch andere Länder. Wie beurteilt der Bundesrat diesen Untersuchungs-Anspruch des IStGH?

### **Antwort**

Der internationale Strafgerichtshof untersucht mutmassliche Kriegsverbrechen. Grundlage für die Arbeit des Strafgerichtshofs ist das Römer Statut.

Im Entscheid vom 5. Februar hat der Internationale Strafgerichtshof seine Gerichtsbarkeit über den Gazastreifen und das Westjordanland, inkl. Ostjerusalem bestätigt.

Der Bundesrat respektiert die Unabhängigkeit der Justiz und kommentiert den Entscheid des Gerichtshofs deshalb nicht.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7343 Molina**

#### **Demokratie-Krise in Haiti: Wie beurteilt der Bundesrat die Lage?**

Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die Amtszeit des haitianischen Präsidenten Jovenel Moïse am 7. Februar 2021 zu Ende ging, so wie das oberste haitianische Gericht urteilte? Wie beurteilt der Bundesrat die Rechtmässigkeit des Verfassungsreferendums vom 25. April 2021 in Haiti? Welchen Beitrag leistet die Schweiz zur Lösung der aktuellen Demokratie-Krise in Haiti?

#### **Antwort**

Die Uneinigkeit über das Ende der Amtszeit von Präsident Moïse beruht auf einer abweichenden Auslegung zweier Artikel der Verfassung. Derzeit ist kein haitianisches Gremium in der Lage, eine Entscheidung zu treffen, die von allen interessierten Parteien akzeptiert wird. Unter diesen Umständen unterstützt der Bundesrat die Aufrufe der UNO zum Dialog, um einen Konsens zu ermöglichen.

Das Gouvernanzprogramm der DEZA in Haiti im Umfang von CHF 6 Mio für den Zeitraum 2019-2022 zielt darauf ab, in Zusammenarbeit mit lokalen Mandatsträgern und der Zivilgesellschaft die demokratischen Institutionen langfristig zu stärken. Darüber hinaus hat die Schweiz beschlossen, im Hinblick auf die im Herbst 2021 stattfindenden Parlamentswahlen an der Wahlbeobachtungsmission der OAS teilzunehmen. Eine Einladung der haitianischen Behörden ist jedoch Voraussetzung für die Durchführung eines solchen Einsatzes.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7345 Molina DEZA-Leitbild Privatsektor: Wirkungsmessung**

Wie gedenkt die DEZA die Entwicklungseffekte der verschiedenen Formen des Engagements mit dem Privatsektor, welche im kürzlich verabschiedeten Leitbild vorgesehen sind, zu messen und sicherzustellen?

Wie wird sichergestellt, dass diese Partnerschaften tatsächlich den ärmsten und verletzlichsten Mitgliedern der Bevölkerung zu Gute kommen?

### **Frage 21.7346 Friedl Claudia DEZA-Zusammenarbeit mit dem Privatsektor**

Im kürzlich verabschiedeten „DEZA Leitbild Privatsektor“ werden Kooperationen mit Akteuren, die in Hochrisikosektoren tätig sind (beispielsweise Gold, Öl, Kohle) nicht ausgeschlossen. Kann der Bundesrat garantieren, dass diese Kooperationen keine hohen Reputationsrisiken für die DEZA und die internationale Zusammenarbeit der Schweiz darstellen?

### **Frage 21.7347 Nussbaumer DEZA-Leitbild Privatsektor: OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen**

Die DEZA weist in ihrem „Leitbild Privatsektor“ darauf hin, dass die Einhaltung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen eine Voraussetzung für eine Partnerschaft ist. Wie und durch wen wird die DEZA beurteilen, ob die privaten Partner diese Leitsätze tatsächlich umsetzen und einhalten? Was sind die Konsequenzen, wenn sich herausstellt, dass dies nicht der Fall ist? Sind Sanktionen vorgesehen?

## **Antwort**

Partnerschaften mit dem Privatsektor betten sich ein in die Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2021–2024. Ziele zur Förderung der ärmsten und verletzlichsten Menschen gelten auch für Projekte mit dem Privatsektor. Die DEZA misst die Entwicklungswirkung ihrer Projekte systematisch. Bei vom Privatsektor kofinanzierten Projekten wird neben dieser regulären Überprüfung auch die zusätzlich generierte Entwicklungswirkung durch die Privatsektorakteure erfasst.

Bei der Entwicklung des Leitbildes hat die DEZA auch ihr Risiko-Management im Umgang mit dem Privatsektor aktualisiert. Die so genannten «kritischen Sektoren» unterliegen spezifischen Regeln. Bei Partnerschaften mit multinationalen



Unternehmen überprüft die DEZA in Rücksprache mit dem beim Staatssekretariat für Wirtschaft SECO angesiedelten Nationalen Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze, inwiefern diese eingehalten werden. Zusätzlich wird die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Gouvernanz-Standards extern überprüft. Bei Verstößen kann die Partnerschaft abgebrochen werden.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7238 de Quattro

#### Combien coûte le retard de la vaccination pour notre économie?

La campagne de vaccination contre le covid-19 continue de prendre du retard et nos entreprises paient un lourd tribut. Les faillites se multiplient parmi nos PME, not. dans le secteur de la restauration-hôtellerie, avec pour conséquence une augmentation du chômage et des pertes de marché. Pendant ce temps, d'autres Etats comme Israël ont pu faire redémarrer leur économie grâce à une campagne de vaccination offensive. Le CF a-t-il calculé le prix de ce retard par jour pour notre économie?

#### Réponse

L'objectif de la Confédération est de fournir rapidement à la population suisse des vaccins sûrs et efficaces. La Suisse poursuit une très bonne politique d'approvisionnement et est également très bien positionnée sur la scène internationale. La semaine dernière un contrat supplémentaire a justement pu être conclu avec Pfizer/BioNTech pour trois millions de doses de vaccins. Pour l'heure, le Conseil fédéral ne prévoit pas de retard dans le plan de vaccination. Les contrats conclus avec Moderna et Pfizer/BioNTech précisent les quantités de vaccin COVID-19 à livrer par trimestre. Les entreprises ont annoncé qu'elles livreront à la Suisse la quantité de doses de vaccins prévue par le contrat au cours du premier trimestre 2021, comme convenu. La Confédération continue à poursuivre l'objectif que tous ceux qui le souhaitent puissent se faire vacciner d'ici fin juin. Retarder la couverture vaccinale peut entraîner des coûts élevés. Selon les estimations du Secrétariat d'État à l'économie (SECO), l'activité économique en janvier et février 2021 était inférieure d'environ 1,5 à 3 % à celle d'avant la crise. Cela correspond à une perte de valeur ajoutée de l'ordre de 30 à 60 millions de francs par jour par rapport aux niveaux d'avant la crise.



## Ora delle domande del 15 marzo 2021

### Domanda 21.7241 Marchesi

#### Il Consiglio federale intende finalmente limitare il propagarsi del virus dall'Italia verso il Ticino?

La Lombardia é recentemente ritornata in zona arancione, ora addirittura rafforzata, in ragione dell'importante aumento dei contagi.

Quale strategia intende mettere in atto il Consiglio federale per impedire un nuovo aumento dei contagi d'importazione dall'Italia, a causa dell'importante massa di frontalieri che ogni giorno si reca in Ticino? Intende finalmente prendere misure chiare per limitare e controllare i passaggi ai confini per ridurli allo stretto necessario?

### Risposta

Il Consiglio federale segue attentamente la situazione epidemiologica nei Paesi confinanti, per quanto riguarda la Lombardia in collaborazione con i Cantoni Grigioni e Ticino, ed è in contatto stretto e in buoni rapporti con questi Paesi. Nella situazione attuale, non ritiene che istituire controlli alle frontiere interne allo spazio Schengen sia un provvedimento opportuno.

A tal riguardo va però considerato che il traffico pendolare – in generale – cela in sé un certo rischio d'infezione, sia se avviene tra valichi di frontiera o all'interno della Svizzera. Per questo motivo il 13 gennaio 2021 il Consiglio federale ha obbligato i datori di lavoro a ordinare il telelavoro ovunque per la natura dell'attività ciò sia possibile e attuabile senza un onere sproporzionato. Tale disposizione vale tanto per i frontalieri quanto per i lavoratori domiciliati in Svizzera. Sul posto di lavoro i datori di lavoro sono tenuti a garantire il rispetto dei provvedimenti di igiene e di distanziamento sociale.

Inoltre, nella sua seduta del 12 marzo 2021 il Consiglio federale ha deciso che in Svizzera, a partire da metà marzo, tutte le persone con o senza sintomi possono sottoporsi gratuitamente al test del nuovo coronavirus. L'offerta vale anche per i frontalieri.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7244 Streiff Unterstützungsbedarf grösser als Angebot**

Bei Covid-19 gehen Menschen mit Behinderung oft vergessen. Schon vor der Pandemie war gemäss eines BSV-Forschungsberichtes bekannt: der Unterstützungsbedarf ist grösser als das Angebot.

- Wie wird aktuell und in Zukunft der Bedarf von Menschen mit Behinderung systematisch evaluiert, um die benötigten Finanzhilfen nach Art. 74 IVG festzulegen?
- Warum wurden die Erkenntnisse des Forschungsberichtes beim Entwerfen der IVV, die substantielle Kürzungen der Finanzhilfen vorsieht, ignoriert?

### **Antwort**

Es ist vorgesehen, auch in Zukunft den Bedarf zu evaluieren. Mit der Weiterentwicklung der IV ist vorgesehen, den Höchstbetrag zur Ausrichtung von Finanzhilfen an Organisationen der privaten Invalidenhilfe insgesamt stabil zu halten. Die Erkenntnisse des Forschungsberichtes werden insofern berücksichtigt, als im Rahmen der Weiterentwicklung IV neu innovative Projekte finanziert werden sollen. Das Reporting der Organisationen zuhanden des Bundesamtes für Sozialversicherungen zeigt auf, wie sich die Leistungen entwickeln.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7245 Lohr Kürzungen ohne Auswirkungen?**

Die Botschaft zur IV Weiterentwicklung hält fest: Die Änderungen betreffend Art. 74 IVG werden keine Auswirkungen für die Organisationen der Behindertenhilfe haben.

- Kann der Bundesrat ausführen, wie die vorgeschlagene Verordnung zur IV keine Auswirkungen auf die Organisationen haben werden, wenn sie alle 4 Jahre eine 3% Kürzung verkraften müssen?
- Wie begründet er den Leistungsabbau für Menschen mit Behinderungen, die auf die Unterstützung zwingend angewiesen sind?

### **Antwort**

Mit der Weiterentwicklung der IV ist kein Leistungsabbau vorgesehen, der Höchstbetrag zur Ausrichtung von Finanzhilfen an Organisationen der privaten Invalidenhilfe soll insgesamt nicht gekürzt werden. Im Rahmen der Weiterentwicklung IV sollen neu davon aber auch innovative Projekte finanziert werden, um die Leistungsfähigkeit des Systems besser auf den Bedarf auszurichten.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7246 Prelicz-Huber Zusammenarbeit mit den Behindertenorganisationen**

Die Menschen mit Beeinträchtigungen und ihre Organisationen wurden bei der Erarbeitung der Verordnung zur Invalidenversicherung (IVV) angehört. Ihre begründeten Anliegen wurden jedoch weitgehend nicht berücksichtigt.

1. Wird der Bundesrat die Qualität des Dialogs mit den Behindertenorganisationen evaluieren, wenn sich nach Abschluss der Vernehmlassung herausstellt, dass die Organisationen die vorgeschlagene IVV grossmehrheitlich ablehnen?
2. Wie gedenkt er die Qualität des Dialogs zu verbessern?

### **Antwort**

Das Bundesamt für Sozialversicherungen ist in regelmässigem Kontakt mit der Begleitgruppe der subventionierten Behindertenorganisationen, mit der die Fragen und Bedenken der Organisationen diskutiert werden können. Im Vorfeld wurden die Organisationen involviert und angehört. Während der Ausarbeitung der Vorlage wurden sie zudem über den Stand der Arbeiten informiert.

Die Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV) läuft noch bis am 19. März 2021. Der Bundesrat wird nach Abschluss der Vernehmlassung die eingegangenen Stellungnahmen auswerten und prüfen, ob Anpassungen nötig sind. In diesem Rahmen werden auch die vorliegenden Fragen behandelt.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7248 Lohr**

#### **Berechnung IV-Grad: Zementierung der dafür ungeeigneten Tabellen der Lohnstrukturhebung?**

Gemäss dem neuen Art. 25 Abs. 3 IVV sollen für die Bemessung des IV-Grads die Tabellen der Lohnstrukturhebung (LSE) des BFS massgebend sein. Das Abstellen auf diese Tabellen wird vom Bundesgericht (139 V 592, 142 V 178) als Übergangslösung betrachtet und gemäss einer Studie des Büro BASS sind die Tabellen für den Einkommensvergleich in der IV ungeeignet.

Will der Bundesrat die bestehenden LSE-Tabellen trotzdem als massgebend bezeichnen oder ist er bereit, seinen Vorschlag zu überdenken?

### **Antwort**

Die Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV) läuft noch bis am 19. März 2021. Der Bundesrat wird nach Abschluss der Vernehmlassung die eingegangenen Stellungnahmen auswerten und prüfen, ob Anpassungen nötig sind. In diesem Rahmen werden auch die vorliegenden Fragen behandelt.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7249 Porchet

#### Une convention trop obsolète pour définir le cannabis dans la loi Suisse?

Dans sa réponse à la motion 20.3483, le Conseil fédéral juge la proposition de redéfinition du cannabis louable. La convention de 1961, citée pour néanmoins rejeter le texte, n'a retiré que récemment la plante de cannabis de la liste des stupéfiants dangereux. Vu la tendance d'ajustement de cette convention obsolète, comment le Conseil fédéral pense-t-il avancer pour adapter la législation Suisse de sorte à désigner les effets des cannabinoïdes et non plus la plante de cannabis?

#### Réponse

En décembre 2020, les États membres de la Commission des stupéfiants des Nations unies ont décidé de retirer le cannabis du tableau des substances sans potentiel médicinal considérées comme les plus dangereuses dans la Convention unique de 1961. Le contenu de cette décision concorde avec la modification de la loi sur les stupéfiants (20.060) concernant les médicaments à base de cannabis, adoptée par les deux conseils. Cette révision lève l'interdiction de mettre sur le marché le cannabis à des fins médicales.

Même s'il est exact d'un point de vue technique que ce n'est pas la plante de cannabis mais la substance active qui est au centre la législation sur les stupéfiants, le Conseil fédéral ne souhaite actuellement pas réviser la loi sur les stupéfiants. Une adaptation de la terminologie nécessiterait une révision complète de la loi. Au niveau matériel, une telle révision n'aurait toutefois aucun d'impact, car le cannabis est déjà associé à la substance active dans le droit d'exécution du DFI, depuis 2011. Il ne serait pas adéquat d'entreprendre une révision de la loi sur la base d'une adaptation formelle. Toutefois, cette question devrait être discutée dans le cadre d'une révision générale de la loi sur les stupéfiants.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7251 Arslan

#### Geschlechterverhältnisse im Schweizer Kulturbereich. — Daten- und Faktenlage

Die Online-Veranstaltung von Kaserne Basel & Les Créatives vom 8.3.21 greift den Zwischenstand der nationalen Vorstudie «Geschlechterverhältnisse im Schweizer Kulturbetrieb» auf. Der durch die Corona-Krise ausgelöste Gender-Backlash zeigt das Missverhältnis zwischen den Geschlechtern auf. Was unternimmt der BR in diesem Bereich? Wie kann er gewährleisten, dass auf Bundesebene im Bereich Kultur die Daten- und Faktenlage bzgl. der Chancengleichheit der Geschlechter systematisch erhoben wird?

#### Antwort

Die Daten- und Faktenlage zu den Geschlechterverhältnissen ist eine wichtige Thematik der Kulturpolitik des Bundes. Gemäss der Kulturbotschaft 2021-24 sollen eine angemessene Vertretung der Geschlechter in allen relevanten Bereichen (Ausbildung, Subventionierung, Programmierung, Vertretung in Kulturinstitutionen usw.) sowie entsprechende Förderinstrumente angestrebt werden. Um den konkreten Handlungsbedarf festlegen zu können, sind in der nächsten Förderperiode weitere, darunter statistische Erhebungen vorgesehen.

Derzeit mangelt es an übergeordneten und alle Kunst- und Kulturbereiche abdeckenden statistischen Angaben, auch wenn es bereits wertvolle Erhebungen gibt. Dazu gehört beispielsweise die im Oktober 2020 publizierte Kulturwirtschaftsstatistik des Bundesamts für Statistik, welche auch die Geschlechterdifferenzen bei den Kulturschaffenden und ihren Funktionen und Einkommen aufzeigt. Das Bundesamt für Kultur hat in den letzten Jahren verschiedene Daten zur Situation im Filmbereich erhoben. Für weitere Disziplinen untersucht eine von Pro Helvetia in Auftrag gegebene Vorstudie die aktuelle Situation. Deren Ergebnisse werden voraussichtlich Ende April 2021 veröffentlicht.

Auf Basis dieser Erhebungen und Ergebnisse werden Pro Helvetia und das Bundesamt für Kultur in einem nächsten Schritt prüfen, welche zusätzliche Erhebungen notwendig sind, um die Daten- und Faktenlage genauer darzustellen.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7254 Feller

**A quel membre de la Task Force scientifique COVID-19 l'Office fédéral de la santé public a-t-il confié un mandat de recherche rémunéré?**

Selon le mandat-cadre conclu avec la Task Force scientifique COVID-19, l'OFSP peut confier des mandats de recherche rémunérés aux membres de la Task Force qui vont au-delà du mandat de conseil général. En réponse à la question 21.7040, le Conseil fédéral précise que jusqu'à présent, un seul mandat a été attribué, en matière de modélisation épidémiologique, pour un coût total de 60'000 à 70'000 francs. A qui (personne physique et/ou personne morale) ce mandat a-t-il été confié?

### Réponse

Le mandat a été confié au professeur Thomas van Boeckel de l'*Institute for Environmental Decisions, Health Geography and Policy Group* de l'EPF de Zurich. À l'aide d'un outil d'analyse, le professeur van Boeckel identifie des clusters spatio-temporels de nouvelles infections et apporte ainsi une contribution essentielle à l'identification précoce des foyers de contamination (*hotspot*). Le présent mandat constitue un contrat de prestations. L'OFSP ne peut actuellement pas effectuer lui-même une telle analyse.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7257 Schläpfer Direkteinkauf Impfungen durch Kantone**

Jeder Tag des Lockdowns kostet die Wirtschaft viele Millionen. Speziell grosse Kantone können ihre Bevölkerung nicht wie gewünscht durchimpfen. Der Impfstoff von Johnson&Johnson wird von Swissmedic bald freigegeben.

- stimmt es, dass das BAG keine Bestellung bei J&J getätigt hat?
- ist es Kantonen erlaubt, selbständig Impfstoffe direkt bei Herstellern zu beschaffen?
- können auch andere Körperschaften in der Schweiz Impfstoffe und Coronatests direkt beim Hersteller beschaffen?

### **Antwort**

Der Bundesrat kann bestätigen, dass kein Liefervertrag über Covid-19 Impfstoffe mit Janssen (Johnson & Johnson) abgeschlossen wurde. Grund dafür ist, dass Lieferungen erst im dritten Quartal möglich gewesen wären. Dafür hat der Bundesrat einen Zusatzvertrag mit Pfizer BioNTec über 3 Millionen Dosen abgeschlossen. Diese können zum Teil bereits früher geliefert werden und festigen die gute Versorgungslage der Schweiz im Bereich der mRNA Impfstoffe.

Gemäss dem Epidemiengesetz stellt der Bund in einer Pandemie die Versorgung der Bevölkerung mit Impfstoffen sicher. Falls ein Kanton Covid-Impfstoff beschaffen will, braucht er dafür eine kantonale gesetzliche Grundlage. Damit Körperschaften direkt Tests beim Hersteller beschaffen können, muss eine kantonale Erlaubnis vorliegen. Bei Impfstoffen gestaltet sich die Situation anders: Sobald diese auf dem freien Markt erhältlich sind, dürfen sie von Körperschaften beschafft werden.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7259 Nantermod

#### Loi COVID-19: quelle différence entre un vaccin et un médicament ?

En réponse aux questions 21.7004 et 21.7005, le CF prétend que la L-COVID-19 permet une dérogation à l'autorisation Swissmedic pour la mise sur le marché pour des médicaments, mais pas pour des vaccins, selon la LPT. Or, la LPT ne distingue pas les vaccins des médicaments et la L-COVID-19 parle de « biens médicaux » au sens large et de médicaments (art. 3 al. 2 let. a., b. et c.). Sur quelle base légale précise se fonde le Conseil fédéral pour donner ses deux réponses susmentionnées?

#### Réponse

L'art. 3, al. 2, let. c de la loi COVID-19 confère au Conseil fédéral le pouvoir de prévoir des dérogations au régime de l'autorisation pour les médicaments dans un domaine restreint et clairement défini. Cette disposition vise à proposer des options thérapeutiques prometteuses aux patients atteints du COVID-19 dans les unités de soins intensifs des hôpitaux, sans pour autant renoncer à la procédure d'autorisation de mise sur le marché. Les médicaments concernés figurent à l'annexe 5 de l'ordonnance 3 COVID-19. La simplification de la procédure d'autorisation ne s'applique qu'aux substances actives qui conviennent au traitement des patients atteints du COVID-19. Il s'agit de substances actives qui ont déjà fait l'objet d'une procédure d'autorisation de mise sur le marché auprès d'une autorité de surveillance des médicaments reconnue. Les vaccins contre le COVID-19, qui ne sont pas destinés au traitement des patients atteints de cette maladie, mais qui sont administrés à des personnes en bonne santé dans le but de prévenir la maladie, ne peuvent pas figurer à l'annexe 5 de l'ordonnance 3 COVID-19. C'est ce qui ressort également du message concernant la loi COVID-19 (FF 2020 6363, 6391) ainsi que des débats parlementaires (voir la prise de parole du Chancelier de la Confédération Thurnherr, BO 2020 p. 768).



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7260 Roth Franziska Keine Prioritätenordnung im Sinne von Art. 75 IVG

Eine Prioritätenordnung im Sinne von Art. 75 IVG (17.022) ist im Entwurf Verordnung zur Invalidenversicherung (IVV) nicht zu erkennen.

- Gemäss Art. 75 IVG soll der Bundesrat die Prioritätenordnung festlegen. Beabsichtigt der Bundesrat diese Kompetenz ans BSV zu delegieren? (IVV Entwurf Art. 108quinquies Abs. 2)
- Werden und wurden die Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen bei der Festlegung der Prioritätenordnung einbezogen, wie dies die UNO-BRK vorschreibt? Wenn ja, wie?

### Antwort

In der heutigen Verordnung über die Invalidenversicherung ist bereits eine Prioritätenordnung festgelegt. Der Bundesrat nimmt diese Kompetenz auch weiterhin wahr. Das Bundesamt für Sozialversicherungen ist für die weiteren Ausführungsbestimmungen und operative Umsetzung zuständig.

Die Behindertenorganisationen werden auch weiterhin durch das Bundesamt für Sozialversicherungen über die Begleitgruppe einbezogen.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7261 Bregy Corona-Infektionen: Impfungen**

Bis wann sind in der Schweiz alle über 65-jährigen und Risikopatienten, bis wann alle, die sich impfen lassen wollen, geimpft? Kann und allenfalls wie kann dieser Prozess beschleunigt werden?

### **Frage 21.7288 Schneeberger Impfplan**

Gemäss Aussage von Frau Nora Kronig sei das BAG zuversichtlich, dass bis Ende Juni alle geimpft seien, die das wollen. Kann der Bundesrat erklären, wie dieses Ziel genau erreicht wird?

### **Antwort**

Das Bundesamt für Gesundheit geht davon aus, dass Anfang Juni 2021 die impfwilligen Personen der Risikogruppe vollständig geimpft sein werden. Bereits vorher, aber schwergewichtig im Juni, wird die breite Bevölkerung geimpft. Das Ziel, bis Ende Juni 2021 alle impfbereiten Personen zu impfen, kann nur unter den folgenden Voraussetzungen erreicht werden:

- Die Impfstoffe von CureVac und Novavax werden zugelassen.
- Alle bestellten Impfdosen müssen wie angekündigt geliefert werden. Es dürfen keine Lieferverzögerungen bei den Impfherstellern auftreten.
- Die Kantone müssen die gelieferten Impfstoffe umgehend verimpfen und entsprechend hohe Impfkapazitäten bereitstellen.
- Eine unerwartet hohe Impfbereitschaft würde die Durchimpfung verlangsamen.
- Die epidemische Lage muss günstig sein. Hohe Fallzahlen können die rasche Verimpfung gefährden, da sich Personen mit Impfterminen in Isolation oder Quarantäne befinden oder für die Verimpfung wichtiges Personal ausfallen kann.

Ist eine dieser wichtigen Voraussetzungen nicht gegeben, kann es zu Verzögerungen beim Impfplan kommen.



Der Bund prüft weiter die Beschaffung weiterer Impfdosen. Gerade letzte Woche konnte ein zusätzlicher Vertrag mit Pfizer/BioNTech über 3 Millionen Impfdosen abgeschlossen werden.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7262 Bregy Corona-Infektionen: Dunkelziffer?

Die Corona-Pandemie dauert bereits mehr als ein Jahr, zwischenzeitlich müssten erste verbindliche statistischen Werte betreffend die Corona-Infektion vorliegen. Wie viele Infektionen werden statistisch doppelt erfasst? Wie hoch wird die Dunkelziffer geschätzt, allenfalls von welcher Annahme geht der Bundesrat aus? Wie hoch ist die Sterblichkeit?

#### Antwort

In der Statistik des Bundesamts für Gesundheit (BAG) werden Infektionen – d.h. positive Testresultate – nicht doppelt erfasst. Weist eine Person mehrere positive Tests auf, so werden diese derselben Person zugeordnet und zählen als ein Fall. Bei einem grossen zeitlichen Abstand zwischen zwei positiven Laborresultaten der gleichen Person werden die Ergebnisse erneut erfasst, da es sich um eine erneute Infektion mit dem Coronavirus («Re-Infektion») handeln könnte.

Im Rahmen des Forschungs-Programms Corona Immunitas wird die Verbreitung des Coronavirus in der Schweizer Bevölkerung bestimmt, indem von ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern Antikörper gemessen werden. Aus diesen Daten lässt sich die Dunkelziffer, also der Anteil unentdeckter Covid-19-Infektionen abschätzen. Aktuell geht der Bundesrat von einer Dunkelziffer bei Erwachsenen von 2-3 je nach Kanton aus, was heisst, dass es 2-3 Mal mehr infizierte Personen als diagnostizierte Fälle gibt. Bei Kindern liegt die Dunkelziffer derzeit bei 8. Zum Vergleich: in der ersten Welle lag die Dunkelziffer für Erwachsene bei 9 und bei Kindern zwischen 66 und 89. Die Abnahme der Dunkelziffer lässt sich hauptsächlich mit dem geänderten Testregime erklären: in der zweiten Welle wurde breiter und auch asymptomatisch getestet.

Über die gesamte Epidemie betrachtet betrug die Fallsterblichkeit, basierend auf dem Anteil laborbestätigter Todesfälle (9360) an den laborbestätigten Fällen (566 412), am 9. März 2021 rund 1.7%. Zu bemerken ist, dass die Fallsterblichkeit wesentlich von der Zahl entdeckter Fälle abhängig ist, die ihrerseits durch die Teststrategie beeinflusst wird. Je höher die Dunkelziffer, desto mehr wird die Fallsterblichkeit überschätzt.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7266 Nantermod

#### Covid-19 : preuve numérique d'un résultat de test négatif

Les tests sont l'un des trois piliers de la lutte contre le Covid-19, en plus de la vaccination et du traçage des contacts. Selon la NZZ am Sonntag, les autotests ne devraient être autorisés que pour réaliser des autocontrôles. Or il existe des solutions numériques pour prouver un résultat de test négatif. Cela simplifierait grandement l'accès des participants à de grandes manifestations. Que compte faire le Conseil fédéral à cet égard ?

#### Réponse

A ce jour aucun autotest n'est autorisé en Suisse. Comme pour les tests rapides d'antigènes, les autotests aussi devront répondre à des normes de qualité élevées et être validés. La possibilité d'obtenir une attestation pour des résultats de test négatifs wird zurzeit geprüft.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7269 Roduit

**Procédure de conciliation : Est-ce que le Conseil fédéral tiendra sa promesse ?**

Le rapport d'évaluation des expertises AI proposait d'améliorer la procédure d'attribution des expertises par le biais d'une procédure de conciliation. Le Conseil fédéral, dans sa réponse à ma question 20.5932, avait promis de reprendre ces recommandations intégralement. Cependant, seul le motif de récusation figure dans le projet envoyé en consultation. Or, il existe déjà et est rarement retenu.

Le Conseil fédéral a-t-il prévu de tenir sa promesse et d'adopter les recommandations dans la version définitive de l'OPGA ?

### Réponse

Comme l'indique le Conseil fédéral dans le commentaire relatif aux dispositions d'ordonnance, les assureurs doivent, dans la mesure du possible, rechercher un accord entre l'assureur et la personne assurée.

Concrétisant la recommandation d'appliquer une procédure de conciliation, les offices AI ont ainsi déjà été chargés, à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2021, de rechercher un accord avec la personne assurée chaque fois que cela est possible, à l'aide des nouvelles listes d'experts qui seront publiées.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7276 Porchet

#### **Manques de vaccins et traitements contre le Covid-19 : la Suisse ne devrait-elle pas soutenir la dérogation OMC ?**

Pourquoi le Conseil fédéral s'oppose-t-il à une dérogation temporaire sur la propriété intellectuelle à l'OMC, alors que les vaccins, traitements et tests contre le Covid-19 manquent cruellement dans de nombreux pays et que les brevets et autres droits exclusifs empêchent ceux-ci de les produire ? La Suisse ayant commandé de quoi vacciner 2 fois toute sa population sur fonds de pénurie globale, pourquoi empêche-t-elle d'autres pays qui en auraient vitalement besoin d'entrer en production ?

### Réponse

La recherche et le développement de vaccins, de médicaments et de moyens diagnostics pour lutter contre le COVID-19 ainsi que leur financement doivent s'inscrire dans un cadre valable sur le plan international et régissant les droits et les obligations applicables aux résultats des recherches. Ce cadre est donné par l'Accord sur les ADPIC de l'Organisation mondiale du commerce (OMC).

Une suspension de l'Accord sur les ADPIC se traduirait par l'abrogation de règles relatives à la protection des brevets et aux exceptions autorisées qui sont mises en œuvre depuis plus de 25 ans par 164 États. Le Conseil fédéral est convaincu qu'il serait inopportun de suspendre un cadre juridique international qui a fait ses preuves. L'objectif doit consister à unir les forces pour garantir efficacement et le plus vite possible un accès abordable et équitable aux vaccins, médicaments et moyens diagnostics liés au COVID-19. Particulièrement dans la crise actuelle, le cadre juridique international éprouvé est important pour que la production de vaccins puisse être étendue et cet accès garanti par le biais d'accords de licence et du transfert de technologies et de connaissances nécessaires.

Le Conseil fédéral est favorable à des partenariats entre les fabricants de vaccins et d'autres producteurs pharmaceutiques afin d'augmenter les capacités de production mondiales. Au cours des dernières semaines et des derniers mois, de nombreux partenariats de ce type ont vu le jour. Par exemple, le fabricant de vaccins Astra Zeneca a conclu des accords de licence avec des sociétés de production en Argentine, au Brésil, en Chine, en Inde, en Corée, au Mexique et en Russie afin d'augmenter la production de son vaccin pour l'approvisionnement mondial. Ces accords de licence et de nombreux autres déjà conclus ou en cours de négociation

sont fondés, entre autres, sur les dispositions de l'Accord sur les ADPIC de l'OMC et seraient remis en cause par sa suspension.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7278 Fischer Roland

#### Was sind die Folgen einer ausbleibenden MRA-Aktualisierung für Patient/-innen in der Schweiz?

Eine Aktualisierung des MRA Ende Mai 2021 könnte nicht nur negative Folgen für den Wirtschafts- und Forschungsplatz Schweiz haben, sondern auch für die Patient/-innen:

1. Ist die Versorgungssicherheit betroffen?

Sind ohne MRA-Aktualisierung gewisse Medizinprodukte in der Schweiz nicht mehr erhältlich?

2. Ist die Patientensicherheit betroffen?

Wird die Schweiz ohne MRA-Aktualisierung vom europ. Marktüberwachungssystem ausgeschlossen?

3. Ist eine MRA-Aktualisierung ohne Rahmenabkommen möglich?

### Antwort

Die EU knüpft die Aktualisierung des MRA-Abkommens mit der Schweiz an Fortschritte beim institutionellen Abkommen.

Sollte die EU an ihrer Position festhalten, wird Swissmedic aus dem Netzwerk der europäischen Marktüberwachung ausgeschlossen und könnte infolgedessen ihre Überwachungsaufgaben nicht mehr äquivalent wahrnehmen. Dies hätte negative Konsequenzen auf die Patientensicherheit.

Ausländische Hersteller würden einen verantwortlichen Repräsentanten für ihre Produkte in der Schweiz benötigen, der bei schwerwiegenden Vorkommnissen oder Qualitätsproblemen Rückrufe vornimmt und Warnschreiben an die Spitäler sicherstellt. Die Etablierung dieses Repräsentanten könnte negative Auswirkungen auf die Versorgung haben. Zur Gewährleistung der Versorgung sollen daher im Rahmen einer allfälligen Verordnungsanpassung angemessene Übergangsfristen vorgesehen werden, so dass die Unternehmen genügend Zeit haben, diese Prozesse zu implementieren.

Hinsichtlich der Versorgungssicherheit hat der Bundesrat zudem bereits in der aktuell gültigen Medizinprodukte-Verordnung Bestimmungen vorgesehen, welche es der



Swissmedic im Interesse der öffentlichen Gesundheit und bei Versorgungsstörungen erlauben, Ausnahmen für die Inverkehrbringung von Produkten zu machen.

Der Bundesrat setzt sich weiterhin für die Aktualisierung des MRA für Medizinprodukte ein. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben, da die Schweizer Medizinprodukte Regulierung äquivalent zur EU-Regulierung ist.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7279 Riniker

#### IT-Herausforderungen rund um die Informatiklösung "OneDoc" bei den Impfdaten

Mit „OneDoc“ besteht eine ganzheitliche Informatiklösung Seitens Bund.

1. Wer bezahlt die initialen Entwicklungskosten von OneDoc?
2. Wer bezahlt die Betriebskosten und Weiterentwicklungskosten auf Seite der Kantone?
3. Welche Module bietet OneDoc an?
4. Welche Module sind zwingend für die Kantone notwendig? Welche werden freiwillig angeboten?
5. Bestehen bei allen Modulen automatische Schnittstellen für den Datentransfer oder werden allenfalls Excel-Listen dafür notwendig (Import/Export)?

#### Antwort

OneDoc dient zur Verwaltung von Impfterminen und zur Dokumentation der Impfungen. Es wird in den Impfzentren benutzt zur Vervollständigung der Daten der geimpften Person. Aus OneDoc wird allen Geimpften ein Impfnachweis ausgedruckt. Zudem bereitet OneDoc die erfassten Daten in einem Dashboard für die Kantone auf, bedient das Impfmonitoring des Bundes mit aggregierten, anonymen Daten und ermöglicht die Datenübertragung zu myCOVIDvac.

1+2. Der Bund ist zuständig für die initiale Entwicklung und bis auf Weiteres für die Weiterentwicklung. Die Kantone sind zuständig für die Serviceverträge.

3.+4. OneDoc beinhaltet ein Modul zur Verwaltung von Impfterminen und ein Modul zur Dokumentation und Verwaltung der Impfdaten. Grundsätzlich ist vorgesehen, dass die Kantone beide Module nutzen.

5. Gestützt auf die Weisung vom 27. Januar 2021 zur Erhebung und Übermittlung der Monitoringdaten zu Covid-19 Impfungen durch die Kantone an das Bundesamt für Gesundheit (BAG) sind die Kantone verpflichtet, dem BAG Daten gemäss definiertem Datenset zu jedem Impfeignis für das nationale Impfmonitoring zu liefern. Dafür stellt das BAG eine Schnittstelle zur Verfügung, die von OneDoc automatisch bedient wird. Das BAG hat den Kantonen dringend empfohlen, auf die Erfassung von Impfdaten in Microsoft Excel oder in vergleichbarer Software und deren Import in das System OneDoc oder andere Impfdokumentationssysteme zu



verzichten. Beim Import von Excel-Dateien können Fehler vorkommen und eine rechtzeitige und vollständige Datenlieferung erheblich erschwert oder gar verunmöglicht werden. Zudem ist es auch im Hinblick auf den Datenschutz problematisch.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7280 Riniker Schweizweite Datenbank für die Impfdaten

- Wie kann eine höhere Adaption mit dem vom Bund (BAG) installierten VMDL; Vaccination Monitoring Data Lake erreicht werden, ohne dass jeder Kanton eine eigene Datenbank parallel aufbauen muss?
- Ist es heute mit der vorliegenden Datenbank möglich, alle Daten (Impfzentren, mobile Einheiten, Hausärzte, Apotheken) auf Stufe Kanton einzugeben und auf Stufe Bund abzurufen?
- Könnten diese Impfdaten die Basis für ein Impfzertifikat („green pass“) liefern?

### Antwort

Gestützt auf die Weisung vom 27. Januar 2021 zur Erhebung und Übermittlung der Monitoringdaten zu Covid-19 Impfungen durch die Kantone an das Bundesamt für Gesundheit (BAG) sind die Kantone verpflichtet, dem BAG die Daten zu jedem Impfeignis für das nationale Impfmonitoring gemäss einem vorgegebenen «Minimal Dataset» zu liefern. Die Lieferung erfolgt in elektronischer Form an die zentrale Datenbank VMDL (Vaccination Monitoring Data Lake). Die Impfdaten werden dabei im vom BAG empfohlenen System zur Impfdokumentation in Impfzentren (OneDoc) sowie in ergänzend von den Kantonen eingesetzten Systemen zur Dokumentation von Impfungen in Hausarztpraxen oder Apotheken erfasst, und über eine vom BAG zur Verfügung gestellte Schnittstelle an den VMDL geliefert. Momentan sind 11 Kantone und das Fürstentum Liechtenstein in der Lage, auf diesem Weg vollständige Daten gemäss der erwähnten Weisung an das BAG zu liefern. Das BAG hat den Kantonen aufgezeigt, welche Impfdokumentationssysteme sie zusätzlich zu OneDoc einsetzen können, um eine vollständige Erfassung und Lieferung der Impfdaten – unabhängig der Impfstellen – an das BAG sicherzustellen.

Der Bund prüft im Rahmen der Arbeiten zur Schaffung eines Impfnachweises, ob und unter welchen Voraussetzungen die erwähnten Systeme zur Impfdokumentation als Grundlage für ein allfälliges Impfzertifikat in Frage kommen.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7286 Brunner

**Wenn die Schutzwirkung örtlicher Maskenpflicht mit Ausblasventilen unterlaufen wird: Wo sieht der BR Präzisierungsbedarf bei Bestimmungen und/oder in der Informationsarbeit?**

Wo Masken dem Selbstschutz dienen genügt Eigenverantwortung; dagegen bezweckt Maskenpflicht auch den Schutz aller Anderen. Allerdings sieht man z.B. bei öV-Nutzern & Verkaufspersonal teils Arbeitsschutzmasken mit Auslassventil. Befragte Uniformierte erkannten kein Problem - trotz geringerer Wirksamkeit gegen ausgeatmete Partikel als ein feuchter Lappen oder Schal. Genügen solche 'Ego-Filter' der Maskenpflicht pro forma? Was hilft gegen derartiges Unterlaufen des erwünschten Umgebungsschutzes?

### Antwort

Masken ohne Ausatemventil filtern sowohl die eingeatmete Luft als auch die Ausatemluft über die Maskenfläche und bieten daher sowohl einen Eigenschutz als auch einen Fremdschutz. Bei Masken mit Ausatemventil werden ausgeatmete Aerosole nicht durch das Filtermaterial abgefangen, sondern lediglich in gewissem Umfang durch das Ventil gebremst. Der Fremdschutz dieser Masken ist folglich geringer ausgeprägt.

Das Bundesamt für Gesundheit rät daher davon ab, Masken mit Ventilen zu benutzen.



## **Ora delle domande del 15 marzo 2021**

### **Domanda 21.7295 Quadri**

#### **Test fai da te: la Svizzera fallirà anche su fronte?**

Il Consiglio federale ha finalmente riconosciuto l'importanza dei test rapidi a tappeto. In considerazione di una campagna di vaccinazione svizzera ampiamente fallimentare, i test di massa rimangono l'unica alternativa per poter uscire dal lockdown.

Chiedo al Consiglio federale:

- Come mai i test di massa "fai da te" per uso domestico sono già in vendita da alcuni giorni in Germania nei supermercati, mentre in Svizzera non sono ancora omologati?
- Quanto bisognerà aspettare perché questi test siano disponibili anche in Svizzera?

### **Risposta**

Il prerequisito per gli autotest è che questi soddisfino i criteri minimi di qualità e che siano adatti all'autotest. Non appena saranno disponibili autotest che soddisfano questi requisiti saranno validati e pubblicati su una lista dell'UFSP. Il Consiglio federale ha definito questi criteri e le modalità di immissione sul mercato degli autotest il 12 marzo scorso. Presumiamo che questi test saranno disponibili da aprile.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7297 Dandrès

**Modalités de prise en charge des coûts de vaccination (COVID) : Pourquoi ne pas mettre à contribution les réserves des caisses ?**

Le Conseil fédéral a approuvé le financement des coûts de vaccination : l'AOS paie la vaccination et une part du vaccin, les cantons la quote-part et la logistique, la Confédération le solde, le transport et la distribution des vaccins. Selon les objectifs de taux de couverture vaccinale, le coût pour l'AOS sera de 200 millions de francs.

- sur quelle base cette répartition a été fixée ?
- pourquoi ne pas imputer l'intégralité des coûts aux réserves des caisses qui sont trop élevées ?

### Réponse

Le financement de la vaccination contre le COVID-19 repose sur les bases légales que sont la loi sur les épidémies, la loi fédérale sur l'assurance maladie et les ordonnances correspondantes. L'intégralité des coûts liés à la vaccination contre le COVID-19 ne peut donc pas être intégralement imputée à l'assurance obligatoire des soins.

Les réserves des assureurs maladie servent à garantir la solvabilité en ce qui concerne les risques actuariels ainsi que les risques de marché et de crédit dans le cadre légal de l'assurance obligatoire des soins. Le Conseil fédéral est aussi d'avis que les réserves sont trop élevées et doivent être réduites dans l'intérêt des assurés. Dans ce sens, il a mis en consultation en septembre 2020 un projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie qui a pour but de faciliter la diminution volontaire des réserves. Cependant, les réserves des assureurs maladie ne peuvent pas être utilisées pour des coûts qui ne relèvent pas de l'assurance-maladie.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7306 Prezioso Covid-19, test PCR et salairé.e.s immigré.e.s

Plusieurs pays demandent aujourd'hui des tests PCR pour l'entrée dans leur pays. Ces tests coûtent cher (180.- à Genève) lorsqu'ils ne sont pas requis par une personne présentant des symptômes de maladie. Pour les travailleurs.euses immigré.e.s en Suisse cela signifie des frais particulièrement lourds alors que les voyages qu'ils effectuent dans leur pays ne peuvent pas être considérés strictement comme des voyages d'agrément. La Confédération ne peut-elle pas prendre en charge ces frais?

### Réponse

Comme l'a décidé le Conseil fédéral le 12 mars, la Confédération assume à partir du 15 mars l'ensemble des coûts pour tous les tests rapides validés en Suisse. Elle rembourse également tous les tests PCR effectués en raison de symptômes, sur ordre des autorités ou après une notification de l'application SwissCovid. Par contre, si un test de type PCR est exigé explicitement pour pouvoir effectuer un voyage, son coût est supporté par la personne testée. Il n'est pas prévu que la Confédération le prenne en charge.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7307 Prezioso

#### Prise en charge des analyses en cas de mort in utero

La motion 19.3307, prévoyant la prise en charge complète des prestations liées à la grossesse, a été acceptée par les Chambres. Ayant eu connaissance de cas de mort in utero où des frais d'analyses (prélèvements sur l'enfant accouché, autopsie...) ne sont pas pris en charge par la LAMal, le Conseil fédéral peut-il nous confirmer qu'il prendra également en compte ces prestations, ainsi que l'ensemble des frais engendrés par des décès in utero, dans sa réponse à cette motion?

#### Réponse

La motion Addor 19.3307 «Prise en charge complète des prestations relatives à la grossesse par l'assurance-maladie obligatoire » ainsi que la motion Kälin 19.3070 « Instaurer la gratuité des prestations pendant toute la durée de la grossesse », demandent au Conseil fédéral de modifier les bases légales de manière à ce que les prestations en cas de maternité soient libérées de la participation aux coûts dès son commencement et non plus à partir de la 13<sup>ème</sup> semaine de grossesse.

La réglementation actuelle prévoit que l'assujettissement à l'assurance obligatoire des soins commence dès la naissance. L'assurance obligatoire des soins prend alors en charge les coûts des prestations spécifiques de maternité en plus des coûts pour les mêmes prestations qu'en cas de maladie, soit celles qui servent à diagnostiquer ou à traiter une maladie et ses séquelles.

Ainsi, les prestations effectuées chez un enfant mort-né n'entrent pas dans le champ d'application de la LAMal et ne sont pas à charge de l'assurance obligatoire des soins. Toutefois, les analyses pratiquées sur un embryon ou un fœtus mort-né, qui servent à diagnostiquer ou à traiter une maladie et ses séquelles chez la mère et/ou un jumeau survivant sont prises en charge par l'assurance obligatoire. Dans le cadre de la mise en œuvre des motions Addor 19.3307 et Kälin 19.3070, ces prestations seront également libérées de la participation aux coûts dès le début de la grossesse.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### **Question 21.7308 Prezioso** **Commandes fédérales de doses de vaccins contre la Covid-19**

Le Conseil fédéral a signé des contrats avec plusieurs firmes pharmaceutiques pour la commande de millions de doses de vaccins contre la Covid-19. Pourrait-il communiquer les termes de ces contrats au Conseil national, en particulier en ce qui concerne les délais de livraison et les pénalités prévues en cas de non respect de ces délais?

#### **Réponse**

Les contrats avec les fabricants de vaccins spécifiaient les volumes de livraison des vaccins Covid-19 par trimestre. Les fabricants ont annoncé qu'ils livreront la quantité de doses de vaccins convenue par contrat à la Suisse au cours du premier trimestre 2021, comme annoncé. Le contenu des accords entre la Confédération et les fabricants n'est pas communiqué pour l'instant pour des raisons tactiques liées aux négociations. Les accords sont confidentiels.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7309 Prezioso Quelle vaccination pour les invisibles ?

En décembre dernier, le DFI a adapté l'OPAS afin de permettre la prise en charge de la vaccination contre la COVID-19 par l'AOS. Cependant, une partie de la population, sans statut légal, ne contracte pas d'AOS. De plus, dans certains cantons, les personnes endettées auprès de l'AOS ne peuvent prétendre à recevoir des soins qu'en cas d'urgence médicale. Le Conseil fédéral a-t-il prévu un dispositif permettant à ces populations d'être vaccinées ? Si oui lequel ?

### Réponse

La vaccination est gratuite pour toutes les personnes domiciliées en Suisse. Les coûts liés à la vaccination contre le COVID-19 sont pris en charge par l'assurance obligatoire des soins, la Confédération et les cantons. Ce principe s'applique de la même façon pour les personnes répertoriées sur une liste cantonale d'assurés en retard de paiement. Concernant les personnes non soumises à l'assurance obligatoire des soins, les coûts sont pris en charge par la Confédération.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7310 Sauter Wann kommt der Impfpass?

In dieser Session beauftragt das Parlament den Bundesrat damit, einen freiwilligen fälschungssicheren Impf- und Testnachweis zu schaffen. Entsprechende Lösungen sind auf dem Markt. Andere Länder sind bereits aktiv. Wenn Reisen wieder möglich sein soll, darf die Schweiz nicht zurückstehen.

- Behandelt der Bundesrat das Projekt prioritär und wie gedenkt er es umzusetzen?
- Kann er bestätigen, dass bis zu den Sommerferien eine entsprechende Lösung vorliegt?

### Antwort

Gegenwärtig wird auf Bundesebene abgeklärt, welche rechtlichen, ethischen und technischen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Schaffung eines Impfnachweises zu beachten sind. Der Bundesrat ist bestrebt, die weiteren Arbeiten rasch möglichst voranzutreiben, sodass sich in der Schweiz geimpfte Personen bei Reisen ins Ausland – falls notwendig – geeignet ausweisen können.

Gegenwärtig ist die Einreise in die meisten Länder nur unter Vorlage eines negativen PCR-Tests möglich. An dieser Bestimmung wird vorerst wohl auch ein Impfpass nichts ändern.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7316 Meyer Mattea

**Le manque de vaccins en Suisse et dans le monde : La Suisse doit-elle adhérer à C-TAP ?**

Quelles sont les raisons qui ont poussé le gouvernement suisse à ne pas adhérer à l'initiative de partage des droits exclusifs et connaissances de l'OMS C-TAP (COVID-19 Technology Access Pool) alors même que le partage se fait sur une base volontaire ? La Suisse a-t-elle envisagé d'inciter les entreprises pharmaceutiques sur son territoire à adhérer à C-TAP ? Vu le manque de vaccins actuellement en Suisse et dans le monde, la Suisse ne devrait-elle pas adhérer à C-TAP et favoriser le partage ?

### Réponse

Le Conseil fédéral partage l'objectif général de l'Appel à la solidarité de l'OMS (COVID-19 Technology Access Pool C-TAP) et soutient les institutions internationales qui collaborent sous l'égide de l'Accélérateur ACT (ACT-A) et du Medecines Patent Pool (MPP) pour garantir l'approvisionnement de médicaments et autres technologies qui soient innovants, mais accessibles. Dans ce contexte, la Suisse table sur les démarches collaboratives et volontaires entreprises en coopération avec les chercheurs des entreprises pharmaceutiques et médicales et des titulaires de brevets pour améliorer le développement, la production et l'accès aux moyens diagnostics, traitements et vaccins contre le COVID-19.

L'initiative, l'OMS C-TAP, suscite actuellement une grande attention alors qu'elle est peu soutenue par les acteurs dans la pratique, la proposition de « licence globale » donnant lieu à des réticences en matière de droit des responsabilités. Sur la base d'une « licence globale », les normes de qualité, de sécurité et d'efficacité s'appliquant aux technologies de la santé, par exemple les vaccins, ne peuvent pas être garanties ou contrôlées par les fabricants de vaccins. Ceci est d'autant plus important lorsqu'il s'agit de vaccins mis au point grâce à des technologies nouvelles et dont il convient de prendre très sérieusement en compte les répercussions qu'ils induisent sur la santé publique.

Le Conseil fédéral émet des réserves concernant la complémentarité de cette initiative et l'applicabilité des méthodes proposées. La Suisse mise plutôt sur la collaboration des entreprises pharmaceutiques et médicales actives dans la recherche ainsi que des titulaires de brevets avec d'autres fabricants afin d'accroître rapidement les capacités



de production concernant les diagnostics, les traitements et les vaccins contre le COVID-19. En raison de cet engagement continu et des réserves susmentionnées, la Suisse n'adhère pas à l'Appel à la solidarité de l'OMS (C-TAP).



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7317 Dobler

#### Drohende Versorgungsengpässe bei Medizinalprodukten: Was macht der Bundesrat?

Das MRA-Abkommen mit der EU wird ab dem 26. Mai 2021 voraussichtlich nicht mehr aktualisiert, was Konsequenzen für die Medizintechnikbranche haben wird.

- Welche Massnahmen sieht der Bundesrat vor, um Versorgungsengpässe von Medizinalprodukten zu begegnen?

- Muss die Schweiz eine eigene Marktüberwachung von Medizinalprodukten aufbauen?

Wie wird diese aussehen?

Was wird diese kosten?

Wäre keine Überwachung und eine Anlehnung an jene in der EU eine Option?

Wenn nein, warum nicht?

#### Antwort

Die EU knüpft die Aktualisierung des MRA-Abkommens mit der Schweiz an Fortschritte beim institutionellen Abkommen.

Sollte die EU an ihrer Position festhalten, würde Swissmedic aus dem Netzwerk der europäischen Marktüberwachung ausgeschlossen und könnte infolgedessen ihre Überwachungsaufgaben nicht mehr äquivalent wahrnehmen. Dies hätte negative Konsequenzen auf die Patientensicherheit.

Ausländische Hersteller würden einen verantwortlichen Repräsentanten für ihre Produkte in der Schweiz benötigen, der bei schwerwiegenden Vorkommnissen oder Qualitätsproblemen Rückrufe vornimmt und Warnschreiben für die Spitäler sicherstellt. Die Etablierung dieses Repräsentanten könnte negative Auswirkungen auf die Versorgung haben. Zur Gewährleistung der Versorgung sollen daher im Rahmen einer allfälligen Verordnungsanpassung angemessene Übergangsfristen vorgesehen werden, so dass die Unternehmen genügend Zeit haben, diese Prozesse zu implementieren.

Hinsichtlich der Versorgungssicherheit hat der Bundesrat zudem in der aktuell gültigen Medizinprodukte-Verordnung Bestimmungen vorgesehen, welche es der Swissmedic im Interesse der öffentlichen Gesundheit bei Versorgungsstörungen erlauben, Ausnahmen für die Inverkehrbringung von Produkten zu genehmigen.



Sollte sich abzeichnen, dass die Aktualisierung des MRA nicht möglich ist, ist eine eigenständige Medizinprodukteregulierung mittelfristig eine Option – auch in Anlehnung an das EU-System. Dies bedarf aber einer gründlichen Analyse, die auch die wirtschaftlichen Auswirkungen berücksichtigt.

Die Überwachung der Medizinprodukte muss gewährleistet bleiben, damit die Sicherheit und Qualität von Medizinprodukten in der Schweiz sichergestellt ist und die Patientensicherheit nicht gefährdet wird.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7319 Prelicz-Huber Compenswiss

2019 betragen die Gesamtkosten von Compenswiss (AHV/IV/EO-Ausgleichsfonds) CHF 45.1 Millionen (Geschäftsbericht S. 32).

Die Personalkosten lagen bei CHF 13.3 Millionen. Da es bei Compenswiss 56.3 Vollzeitstellen gab, lag der Durchschnittsaufwand pro Stelle bei CHF 236'000. Ist dieser Durchschnittsaufwand mit demjenigen ähnlicher Institutionen (wie Pensionskassen) vergleichbar?

Die «anderen Kosten» lagen bei 7.7 Millionen (17% der Gesamtkosten). Was ist in diesen CHF 7.7 Millionen enthalten?

### Antwort

Die Arbeitsverhältnisse und Löhne der Geschäftsleitung und des übrigen Personals sind in der Personalverordnung von compenswiss geregelt. Diese wurde gemäss Ausgleichsfondsgesetz vom Bundesrat genehmigt und orientiert sich an der Bundespersonalverordnung vom 3. Juli 2001.

Die im Geschäftsbericht aufgeführten «anderen Kosten der Fondsverwaltung» beinhalten als grösste Einzelpositionen die Kosten des Global Custodian (Depotbank UBS), die Abschreibungen und die Umsatzsteuer, aber auch beispielsweise die Kosten für den Gebäude- und Bürobetrieb oder die externe und interne Revision.

Das Verhältnis der gesamten Verwaltungskosten der compenswiss zum verwalteten Vermögen betrug im Jahr 2019 lediglich 0.19%.



## Ora delle domande del 15 marzo 2021

### **Domanda 21.7320 Romano**

**Ordinanza sulle prestazioni transitorie per disoccupati anziani: perché non stralciare l'art. 32 cpv. 2 a tutela dell'economia locale?**

L'Ordinanza sulle prestazioni transitorie per disoccupati anziani (in consultazione) introduce all'art. 32 cpv. 2 il riconoscimento delle prestazioni odontotecniche commissionate all'estero da dentisti svizzeri.

- Il Consiglio federale intende spingere, soprattutto nei cantoni di confine, i dentisti a lavorare con prestatori esteri a danno dell'economia locale?

- La disposizione non crea un precedente e contrasta l'art. 30 OPTD che statuisce di attingere a prestazioni estere solo quando non altrimenti possibile?

### **Risposta**

La procedura di consultazione relativa all'ordinanza sulle prestazioni transitorie per i disoccupati anziani si è conclusa l'11 febbraio 2021. Al momento è in corso la valutazione dei pareri, in cui viene posta la stessa domanda. Sulla base dei risultati della valutazione, il Consiglio federale deciderà le modifiche da apportare all'avamprogetto di ordinanza. Si prevede inoltre di consultare previamente le commissioni parlamentari competenti.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7323 Roth Franziska

#### EO-Quarantäne-Anspruch: Die systemrelevante Branche "Kitas" fällt durch die Raster bei den Finanzhilfen!

Zur Antwort (21.7129) vom 8.03.21 wird der Bundesrat um Präzisierung gebeten. Wie kann das Fehlkonstrukt EO bis 7.Tag, wobei trotzdem nicht vor dem 11.Tag wieder gearbeitet werden kann (Abstandsregeln) so angepasst werden, dass Kitas (meist gemeinnützig!) bei all den Belastungen nicht auch noch die 3 Tage Lohnfortzahlung haben? Wie und wann können die fehlenden 3 Tage EO für die betroffenen Branchen (Abstand kann nicht eingehalten werden, Homeoffice nicht möglich) wiederhergestellt werden?

#### Antwort

Der maximale Taggeldbezug des Corona-Erwerbsersatzes von 7 Taggeldern ist in der Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall geregelt. Der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf beim Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz wegen einer behördlich angeordneten Kontaktquarantäne. Auch in anderen Branchen müssen Arbeitgeber unter Umständen einen Teil des Arbeitsausfalls infolge Quarantäne übernehmen.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7325 Brenzikofer Psychische Gesundheit von Jugendlichen während der Pandemie

Studien zur psychischen Gesundheit zeigen, dass junge Menschen (14-24 Jahre) besonders stark von der Pandemie betroffen sind. Trotz niederschweligen Hilfs- und Beratungsangeboten existieren Versorgungslücken.

1. Sieht die Arbeitsgruppe «Gesellschaftliche Auswirkungen» der Taskforce Covid-19 ein Programm in der Volksschule und in weiterführenden Schulen vor, um die Jugendlichen direkt und rasch zu erreichen?
2. Warum werden Kinder unter 14 Jahren in den Studien nicht erfasst?

### Antwort

In den Schulen sind die Dienste der Schulsozialarbeit und die Schulpsychologie die primären Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche. Deren Dienste werden zurzeit stark in Anspruch genommen.

Die Arbeitsgruppe «Gesellschaftliche Auswirkungen» der Taskforce Covid-19 hat das Thema aufgenommen und prüft aktuell mögliche Massnahmen im Bereich der psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie steht hierzu in regelmässigen Kontakt mit Akteuren, wie der Gesundheitsförderung Schweiz oder dem u.a. vom BAG getragenen «Schulnetz21 – Schweizerisches Netzwerk gesundheitsfördernder und nachhaltiger Schulen». Dieses bietet auf seiner Webseite «zurück in der Schule» den Schulen Unterstützung zum proaktiven und bewussten Umgang mit der psychischen Gesundheit an. Sie steht ebenfalls in regelmässigen Austausch mit der Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren.

Kinder und Jugendliche werden in Studien hauptsächlich aufgrund von ethischen Aspekten und den Grenzen von Befragungstechniken nicht oder nur unzureichend eingeschlossen: Je jünger die Befragten sind, desto genauer ist auf ihren Schutz im Rahmen einer Erhebung zu achten und desto eher müssen Fragen spezifisch formuliert werden. Das BAG ist bemüht, in den von ihm mitfinanzierten Forschungs- und Monitoringprojekten Kindern und Jugendlichen soweit wie möglich Raum zu geben. So werden etwa im Rahmen des «Covid-19 Social Monitor» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften Fragen zum Befinden von Kindern und Jugendlichen an deren Eltern gestellt.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7327 Studer**

#### **Umsetzung der Evaluationsempfehlungen für polydisziplinäre IV-Gutachten: Stand der Dinge**

In seiner Antwort auf meine Frage 20.6077 hat der Bundesrat geschrieben, er werde die Empfehlungen der externen Evaluation zu den polydisziplinären Gutachten den Gutachterstellen anfangs 2021 als Vorgabe zukommen lassen. Ist dies in der Zwischenzeit erfolgt und sind diese Vorgaben einsehbar?

#### **Antwort**

Die Gutachterstellen wurden am 9. März 2021 vom BSV detailliert über die entsprechenden Massnahmen und Regelungen für mehr Transparenz schriftlich informiert. Das entsprechende Informationsschreiben wird bald auf der Homepage des BSV aufgeschaltet.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7330 Moret Isabelle

#### Covid-19 : Dépister grâce à l'olfaction de chiens entraînés

Que pense le Conseil fédéral de ce type de dépistage ? Pourrait-il être inclus dans la stratégie de dépistage de l'OFSP, en particulier lors de manifestations ou dans les aéroports? Une modification légale est-elle nécessaire pour cela ?

#### Réponse

Plusieurs études évoquent en effet un taux de détection de 90%. L'Office fédéral de la santé publique (OFSP) va suivre avec attention l'étude qui va être lancée fin mars par les Hôpitaux universitaires de Genève (HUG) et qui a comme objectif d'évaluer la capacité des chiens renifleurs à détecter les personnes infectées par le COVID-19. Selon les résultats de ces études, l'OFSP évaluera si cette technique pourrait entrer dans l'arsenal des mesures de détections du COVID-19 recommandées par l'OFSP. Il évaluera alors la nécessité d'un éventuel changement de la base légale.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7337 Moret Isabelle

**COVID-19: augmenter les lignes de production de vaccins, participation de l'industrie de la pharma suisse? (1)**

La pharma suisse participe : tests Roche, vaccin Lonza-Moderna, participation de Novartis au vaccin Pfizer et Curevac etc...

Mais serait-il possible de faire plus?

Le Conseil fédéral a-t-il exploré avec la pharma suisse la possibilité que des lignes de production soient provisoirement réaffectées à la production de l'un ou l'autre vaccin ou d'une des étapes de la fabrication, quitte à ce que la Confédération participe financièrement à cette réaffectation ?

Est-ce techniquement envisageable ?

### Question 21.7338 Moret Isabelle

**COVID-19: augmenter les lignes de production de vaccins, participation de l'industrie de la pharma suisse? (2)**

L'article 3 al. 2 litt. i de la loi COVID19 ne permettrait-elle pas au Conseil fédéral d'obliger les pharmas suisses à provisoirement réaffecter une ligne de production à la production de l'un ou l'autre vaccin ou d'une des étapes de la fabrication?

Le Conseil fédéral a-t-il étudié cette question?

Pourquoi n'a-t-il pas appliqué cette disposition ?

### Réponse

Au début de la pandémie, l'OFSP a inclus différents projets suisses de vaccins dans l'évaluation et a recherché des synergies pour la production nationale. L'objectif a toujours été de fournir rapidement à la population des vaccins sûrs et efficaces.

Cependant, aucun des projets nationaux n'a atteint le même niveau de développement que les meilleurs projets internationaux. En outre, les vaccins approuvés en Suisse par Moderna et Pfizer/BioNTech sont déjà fabriqués en Suisse ou des préparatifs sont en cours pour une future production en Suisse.

Une telle obligation serait possible en vertu de l'article de loi mentionné ; l'art. 20 de l'ordonnance 3 COVID-19 contient une disposition correspondante. Mais la recherche, le développement et la production ultérieure de vaccins innovants sont



très complexes. Une multitude d'experts et de chaînes de valeur doit être coordonnée de manière efficace et effective. Les mesures coercitives de l'État ne devraient être utilisées qu'en dernier recours.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7339 Moret Isabelle Vaccin Astrazeneca (1)

L'OMS et l'EMA ont autorisé ce vaccin. L'EMA considère qu'il n'y a «pas encore assez de résultats chez» les plus de 55 ans pour calculer l'efficacité du vaccin sur ce groupe. Certains pays de l'UE le déconseille donc au plus de 65 ans. Swissmedic choisit d'attendre.

Afin d'augmenter plus vite l'immunité de groupe, ne serait-il pas plus judicieux d'autoriser déjà ce vaccin pour les moins de 55 ans? ou au moins à ceux qui parmi les moins de 55 ans accepteraient d'être vacciné par ce vaccin-ci.

### Question 21.7340 Moret Isabelle Vaccin Astrazeneca (2)

Sur la base de l'art. 3 al. 2 Loi COVID19, le Conseil fédéral ne peut-il pas autoriser lui-même ce vaccin pour les personnes de moins de 55 ans?

Si oui, pourquoi ne le fait-il pas ?

Si la loi ne le permet pas (voir Nantermod 21.7004), pourquoi le Conseil fédéral a-t-il pensé dans cet article prévoir des dispositions pour les biens médicaux, les médicaments et les dispositifs médicaux mais pas pour les vaccins ?

Ne faudrait-il pas, dans ce cas, compléter cette loi?

### Réponse

L'autorisation de Swissmedic détermine si et comment un vaccin acheté peut être utilisé en Suisse. Swissmedic considère actuellement que les données disponibles à ce jour sur l'efficacité, la sécurité et la qualité du vaccin d'AstraZeneca sont insuffisantes pour prendre une décision et souhaite attendre d'autres données.

Lorsqu'une autorisation est accordée par Swissmedic, la Commission fédérale des vaccinations (CFV) peut émettre des recommandations pour l'utilisation d'un vaccin en Suisse afin de garantir une protection vaccinale optimale pour la population et pour chaque individu.

Les dérogations à l'autorisation prévues à l'art. 3, al. 2, let. c, de la loi COVID-19 ne s'appliquent que dans le cas de substances actives destinées à traiter les patients atteints du COVID-19. Le législateur entendait prévoir une exception uniquement



pour les médicaments destinés à traiter les patients atteints du COVID-19 et non pas pour les médicaments destinés aux personnes en bonne santé, comme dans le cas des vaccins qui agissent de manière préventive. Une simplification de l'autorisation de mise sur le marché des vaccins en dérogation à la loi sur les produits thérapeutiques n'est pas possible sur cette base. L'objectif de cette exemption est de permettre un traitement ciblé et rapide des patients atteints de Covid-19 sans mettre en danger la santé de la population.

Cette volonté a également été confirmée dans le message relatif à la loi COVID-19 ainsi que lors des débats parlementaires (voir vote Thurnherr, BO 2020 E 768).

Le Conseil fédéral est d'avis que, pour les vaccins, il ne faut pas s'écarter des exigences valables pour l'autorisation au sens de la loi fédérale pour les produits thérapeutiques (voir également réponse à la question 21.7057 Marchesi).



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7348 Weichelt-Picard Revisionsstelle Compenswiss - Governanceprobleme

Die Hauptdepotbank für den AHV-Fonds ist die UBS, welche auch die Finanz- und Rechnungsabschlüsse erstellt. Die externe Revisionsstelle von UBS ist Ernst & Young. Seit 2019 ist die externe Revisionsstelle von Compenswiss ebenfalls Ernst & Young. Art. 10 des Ausgleichsfondsgesetzes verpflichtet die externe Revisionsstelle der Depotbank zur Berichterstattung an die externe Revisionsstelle von Compenswiss. Wie beurteilt der Bundesrat einen allfälligen Interessenskonflikt und die Governance?

#### Antwort

Compenswiss erstellt ihre Finanz- und Rechnungsabschlüsse selbst, nicht die UBS. Letztere, als Hauptdepotbank und Dienstleister, führt nur die Wertschriftenbuchhaltung für Compenswiss. Es gibt keinen Interessenskonflikt, wenn eine Revisionsstelle des einen Vertragspartners auch Revisionsstelle des anderen Vertragspartners ist, da es sich in beiden Fällen um Prüfaufträge handelt und die Revisionsstelle keine von ihr selbst geleisteten Arbeiten überprüfen muss. Die Unabhängigkeit ist gegeben.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7349 Weichelt-Picard AHV Vermögen im Ausland

Die Aufteilung des AHV-Vermögens zeigt, dass 25,7 Mrd. in ausländischen Wertpapieren und Währungen und 12 Mrd. in CHF angelegt sind. D.h. rund 70 % der AHV-, IV- und EO-Vermögenswerte liegen bei Banken im Ausland, in entwickelten Ländern wie Großbritannien und den USA, aber auch in Schwellenländern wie Russland und China. Ist es im Vergleich zu anderen institutionellen Anlegerinnen, wie z. B. Pensionskassen, üblich, fast 70 % des Vermögens in ausländische Wertpapiere und Währungen zu investieren?

### Antwort

Die Annahme, dass Anlagen in Fremdwährungen automatisch im Land der jeweiligen Fremdwährung liegen, trifft nicht zu. Die Anlagestrategie von compenswiss liegt ausserdem in der alleinigen Verantwortung des Verwaltungsrats. Ziel ist es, ein optimales Gleichgewicht zwischen Sicherheit und einem marktkonformen Ertrag zu gewährleisten und gleichzeitig über ausreichend Liquidität zu verfügen, damit die Ausgleichskassen ihren Verpflichtungen nachkommen können. Die berufliche Vorsorge unterliegt einem Kapitaldeckungsverfahren mit einem anderen Zeithorizont und anderen gesetzlichen Anlagestrategiebestimmungen als die von compenswiss. Jede Vorsorgeeinrichtung muss eine Anlagestrategie zur Deckung ihrer langfristigen Verpflichtungen festlegen, die die Struktur und die absehbare zukünftige Entwicklung ihrer Versicherten berücksichtigt. Ein Vergleich zwischen der Anlagestrategie des AHV-Ausgleichsfonds und derjenigen der Pensionskassen ist daher nicht zweckmässig.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7350 Weichelt-Picard Compenswiss und Cramer Bank

Der Präsident von Compenswiss, Manuel Leuthold, ist auch VR-Präsident der Cramer Bank. Der ehemalige Präsident von Compenswiss, Marco Netzer, war ebenfalls Präsident der Cramer Bank. Die Vermutung, dass eine persönliche Verbindung existiert, liegt nahe. Die Cramer Bank ist Gegenstand eines Strafverfahrens der Bundesanwaltschaft, weil sie verdächtigt wird Geldwäsche-Delikte nicht verhindert zu haben. Wie beurteilt der Bundesrat die Nähe zwischen Compenswiss und der Cramer Bank?

#### Antwort

Mitgliedschaft und Präsidium des Verwaltungsrates von Compenswiss sind keine Vollzeitbeschäftigungen. Aus diesem Grund müssen weitere Mandate zugelassen werden, soweit diese keine Interessenkonflikte auslösen. Da die Banque Cramer et Cie SA keine Mandate für Compenswiss wahrnimmt, sieht der Bundesrat keinen Interessenkonflikt zwischen dem Verwaltungsratspräsidium von Herrn Leuthold und seinem Verwaltungsratsmandat bei der Banque Cramer. Dieses Mandat bestand zum Zeitpunkt der Wahl noch nicht, das zuständige Departement wurde jedoch vor der Annahme des Mandates informiert. Zudem sind die Mitglieder des Verwaltungsrates verpflichtet, vor ihrer Wahl dem Bundesrat ihre Interessenbindungen offenzulegen und Veränderungen während der Mitgliedschaft unverzüglich zu melden. Der Verwaltungsrat hat darüber im Lagebericht zu informieren. Zu einem laufenden Strafverfahren nimmt der Bundesrat keine Stellung.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7351 Weichelt-Picard

#### Warum AHV Gelder in USA und London verwalten?

Von den AHV Geldern werden 17 Mrd von Compenswiss intern verwaltet. Durch externe Mandate werden 7 Mrd. von Banken und Instituten mit Sitz in der Schweiz und 11,5 Mrd. von Banken und Instituten mit Sitz im Ausland (London und USA) verwaltet. D.h. ein Drittel des AHV-Vermögens, rund 11,5 Milliarden, wird in London, New York, San Francisco, Pasadena, usw. verwaltet (vgl. Geschäftsbericht 2019). Was ist der Grund? Können die Schweizer Bankinstitute die Gelder nicht verwalten?

#### Antwort

Es ist Aufgabe von compenswiss, im Interesse der Versicherten von AHV, IV und EO die beste Performance zu den bestmöglichen Kosten zu erbringen. Der Vorschlag, Verwaltungsmandate nur noch in der Schweiz ansässigen Vermögensverwaltern zu übertragen, hätte zur Folge, dass es nur noch eine sehr kleine Anzahl von Dienstleistern gäbe. Es wäre nicht mehr möglich, die qualifiziertesten Vermögensverwalter auszuwählen und die Verhandlungsmacht von compenswiss gegenüber diesen wäre ebenfalls eingeschränkt, was sicherlich auch zu einem deutlichen Anstieg der Kosten für das externe Management der Fonds führen würde. Für bestimmte Anlagesegmente von compenswiss gibt es in der Schweiz überhaupt keine Vermögensverwalter. Auch wenn compenswiss so weit wie möglich mit externen Managern mit Sitz in der Schweiz arbeitet, wird daher ein Teil ihres Vermögens von Vermögensverwaltern im Ausland verwaltet, die über die notwendige Erfahrung für einige sehr spezifische Mandate verfügen.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7353 Suter Monitoring IV-Beziehende mit Long Covid

Der Chef des Bundesamts für Sozialversicherungen erklärte kürzlich (NZZ 26.2.21), dass das BSV im engem Austausch mit den kantonalen IV-Stellen stehe, damit eine Zunahme der Long-Covid-Fälle umgehend erkannt werden könne.

Wie stellt der Bundesrat ein Monitoring der IV-Beziehenden mit Long Covid sicher, obwohl in den «Codes zur Gebrechens- und Leistungsstatistik» kein spezifischer Code für durch eine SARS-CoV-2-Infektion bedingte Folgeschäden existiert? Sollte ein solcher Code eingeführt werden?

### Antwort

Die IV-Stellen bauen ein Monitoring auf und zählen die Personen, die sich aufgrund einer Erkrankung an Covid-19 anmelden. Die Daten werden im 2. Quartal rückwirkend ab Januar 2021 aufbereitet sein. Es ist kein spezifischer Code für eine Covid-Erkrankung vorgesehen. Die Codierung wird im Rahmen der Erarbeitung des Berichts zum Postulat Suter 20.3598 «Differenzierte Codierung von IV-Gebrechten» geprüft.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7361 Binder-Keller

#### Impfstrategie. Spitexdienste in der Priorisierung dem Personal von Alters- und Pflegeheimen anpassen

In der Covid-19-Impfstrategie des BAG und der EKIF wird das Gesundheitspersonal mit Patientenkontakt und Betreuungspersonal von BGP (besonders gefährdeten Personen) priorisiert. Innerhalb dieser Priorisierung kommt das Personal von Alters- und Pflegeheimen an erster Stelle zum Zug, die Spitexdienste erst an vierter. Ist der Bundesrat bereit, das Personal der Spitex und der privaten Pflege dem Personal von Alters- und Pflegeheimen gleichzuordnen? Beide betreuen und pflegen sie dieselben gefährdete (*Text fehlt!!*)

#### Antwort

Zur Frage, welche Personen bei den anfangs begrenzten Impfstoffmengen prioritär geimpft werden sollen, hat die Eidgenössische Kommission für Impffragen (EKIF) und das Bundesamt für Gesundheit mit der am 17. Dezember 2021 verabschiedeten Impfstrategie eine Empfehlung zuhanden der Kantone abgegeben.

Nach den besonders gefährdeten Personen sind die Mitarbeitenden der Spitex als Gesundheitspersonal mit Patientenkontakt in der zweiten Priorisierungsgruppe eingeordnet. Innerhalb dieser Gruppe wurden Berufsgruppen definiert, die logistisch einfach erreichbar und gleichzeitig mit den besonders gefährdeten Personen geimpft werden können. Da es sich bei Alters- und Pflegeheimen um Gemeinschaftseinrichtungen handelt, die in der Pandemie besonders stark von Ausbrüchen betroffen waren, ist es angemessen und sinnvoll, dieses Pflegepersonal gleichzeitig mit den Bewohnerinnen und Bewohnern zu impfen. Das Expositionsrisiko und Ausbruchsrisiko im Spitexbereich wird hingegen als etwas geringer eingeschätzt, so dass das Spitexpersonal etwas in der Regel nach dem Personal von Alters- und Pflegeheimen geimpft wird.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7365 Aeschi Thomas

**Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung I: Fahrlässige Ablehnung eines Impfstoffangebots über 6 Millionen zusätzliche Dosen durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?**

Bundesrat Berset sagte am 8. März 2021 im Nationalrat, dass er weder «bestätigen noch kommentieren» könne, dass Pfizer/BioNTech der Eidgenossenschaft im Dezember 2020 6 Millionen Dosen Impfstoff angeboten habe — zusätzlich zu den bereits am 7. August 2020 vereinbarten 3 Millionen Dosen. Weshalb hat Nora Kronig Romero dieses Angebot von Pfizer/BioNTech abgelehnt und damit den Lockdown zum Schaden der Schweiz verlängert?

### Frage 21.7366 Aeschi Thomas

**Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung II: Absichtliche Verzögerung der Impfstoffbeschaffung durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?**

Mit Moderna schloss Nora Kronig Romero am 7. August 2020 einen Vertrag über die Impfstoffbeschaffung ab. Dieser wird durch Lonza in Visp (VS) produziert. Am 7./8. Dezember 2020 wurde ein weiterer Vertrag mit Moderna abgeschlossen, sowie ein erster Vertrag mit Pfizer/BionTech. Während die USA mit Moderna bereits im März 2020 Verträge abschlossen, weshalb zögerte Nora Kronig Romero mit der Impfstoffbeschaffung so lange?

### Frage 21.7367 Aeschi Thomas

**Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung III: Diskriminierung der vektorbasierten Technologie durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?**

Der Impfstoff von Johnson&Johnson (J&J) basiert auf der vektorbasierten Technologie. Die Firma ist in der Schweiz mit ca. 4'500 Arbeitsplätzen gut vertreten. Die Schweiz hat mit J&J keine Lieferverträge und der Impfstoff ist nicht zugelassen. Die USA haben nach Vorverträgen im März 2020 mit J&J im August 2020 einen Liefervertrag unterzeichnet und FDA-Zulassung wurde am 27. Februar 2021 erteilt. Weshalb diskriminiert Nora Kronig Romero die vektorbasierte Technologie von J&J?



**Frage 21.7368 Aeschi Thomas**

**Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung IV: Bevorzugung von Moderna bei der Impfstoffbeschaffung durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?**

Wer hat Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales», als Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche ernannt? Trifft es zu, dass die Walliserin Nora Kronig Romero einseitig auf den im Wallis durch Lonza produzierten Impfstoff von Moderna setzte, statt breiter Impfstoff zu beschaffen, und damit innerhalb des BAG die Verantwortung für die langsame Impfrate und den verlängerten Lockdown der Schweiz trägt?

**Frage 21.7369 Aeschi Thomas**

**Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung V: Falschaussage durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?**

An der Medienkonferenz vom 5. März 2021 behauptete Nora Kronig Romero, die Schweiz sei mit ihrer langsamen Impfrate auf Kurs? Weshalb lässt der Bundesrat diese offensichtliche Falschaussage nach der vermässelten Covid-19 Impfstoffbeschaffung im Raum stehen statt sie gegenüber der Öffentlichkeit richtigzustellen?

**Frage 21.7370 Aeschi Thomas**

**Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung VI: Wie lautet die Covid-19 Impfstoffbeschaffungsstrategie an die sich Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche, zu halten hat und wer kontrolliert die Covid-19 Impfstoffbeschaffung?**

Wo ist die Covid-19 Impfstoffbeschaffungsstrategie publiziert? Wer hat diese an welchem Datum verabschiedet und an welchen Daten wurde diese jeweils revidiert? Wer kontrolliert die Covid-19 Impfstoffbeschaffung (NZZ vom 16. Januar 2021: «Kontrolliert wird das BAG bei der Beschaffung vorerst nicht.»)?

**Antwort**

Der Bundesrat legt grossen Wert auf einen korrekten Umgang zwischen Parlament, Bundesrat und Verwaltung. Er weist die persönlichen Angriffe des Fragestellers auf



eine Bundesangestellte und dessen Unterstellungen an ihre Adresse entschieden zurück. Zuständig und gegenüber dem Parlament verantwortlich für die Impfstoffbeschaffung ist der Bundesrat. Das BAG und seine Angestellten handeln auch bei der Impfstoffbeschaffung im Rahmen ihrer Mandate und Zuständigkeiten.

Die Schweiz hat eine erfolgreiche Mehrprodukte-Impfstoffstrategie und die Beschaffungen früher als andere aufgrund klar definierter Bedürfnisse getätigt. Das Schwergewicht liegt dabei auf den mRNA-Impfstoffen von Pfizer/BionTech und Moderna, welche u. a. den Vorteil aufweisen, dass sie besser auf Mutationen reagieren als andere Produkte. Der Zeitpunkt, die Auswahl und die Bestimmung der benötigten Mengen hängen ausserdem ab von den Erwartungen an die Wirksamkeit der Impfstoffe und damit an ihre Zulassung, von den Preisen und sonstigen vertraglichen Konditionen und vor allem auch von den Kapazitäten zu deren Verimpfung.

Die Schweiz ist mit ihrer Impfstrategie nach wie vor auf Kurs; in den Monaten Mai und Juni sind grosse Mengen an Impfstoff zu erwarten. Zu Details der Beschaffungen äussert sich der Bundesrat während den laufenden Verhandlungen aber generell nicht.



## Ora delle domande del 15 marzo 2021

### **Domanda 21.7247 Farinelli** **Lo Stato non faccia fallire le imprese**

Molte imprese si trovano attualmente confrontate con una temporanea mancanza di liquidità dovuta alla crisi e magari anche ad un ritardo nell'erogazione degli indennizzi da parte dello Stato. In questo contesto sarebbe alquanto inopportuno che fosse lo Stato stesso, per il tramite delle casse di compensazione AVS o altri oneri pubblici, a far partire delle procedure di fallimento. Il Governo condivide queste posizioni? Che misure intende adottare per limitare questo fenomeno?

#### **Risposta**

Der Bund hat die Unternehmen in der Krise in vielfältiger Weise unterstützt, namentlich mit Covid-Solidarbürgschaften, Kurzarbeitsentschädigungen und Corona-Erwerbsersatz. Zudem übernimmt er einen wesentlichen Teil der Finanzierung der kantonalen Härtefallprogramme. Hinzu kommen diverse sektorspezifische Massnahmen etwa im Sport und in der Kultur. Im vergangenen Jahr hat der Bund zudem diverse Steuern gestundet und für eine raschere Auszahlung der Kreditorenrechnungen gesorgt. Unternehmen mit Zahlungsschwierigkeiten können zudem im Einzelfall eine Anpassung der Zahlungsfristen beantragen.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7255 Feller

#### Réintroduction au 1er janvier 2021 d'un intérêt moratoire en cas de retard de paiement d'une créance TVA: est-ce vraiment opportun ?

Par ordonnance du 20 mars 2020, le Conseil fédéral a décidé que l'intérêt moratoire dû en cas de retard de paiement d'une créance TVA serait abaissé à 0% du 21 mars au 31 décembre 2020. Depuis le 1er janvier 2021, un intérêt moratoire de 4% est à nouveau prélevé dans un tel cas. Au vu des difficultés qui continuent de frapper bon nombre d'indépendants et de PME, la réintroduction au 1er janvier dernier d'un intérêt moratoire de 4% est-elle vraiment opportune?

### Réponse

Wie bereits letzte Woche in der Antwort zur Frage Addor 21.007 ausgeführt, ist die heutige Situation nicht mit derjenigen im Frühling 2020 vergleichbar, da zwischenzeitlich umfassende Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie eingeführt wurden.

Was die Mehrwertsteuer angeht, hat der Bundesrat den Verzicht auf die Erhebung von Verzugszinsen per Ende 2020 aus folgenden Gründen auslaufen lassen und möchte diesen auch nicht wiedereinführen:

- Die Unternehmen ziehen die Mehrwertsteuer bei ihrer Kundschaft ein und leiten sie an die Eidgenössische Steuerverwaltung weiter. Die bei den Konsumenten erhobene und somit von diesen bezahlte Mehrwertsteuer sollte nicht für unternehmerische Zwecke verwendet werden.
- Ein Verzugszinsverzicht hat erhebliche Mitnahmeeffekte. Im Jahre 2020 haben auch Unternehmen profitiert, die
  - noch Steuerschulden aus der Vor-Corona-Zeit hatten, oder
  - nicht pandemiebedingt in finanziellen Schwierigkeiten geraten waren.
- Letzteres liesse sich nur vermeiden, wenn geprüft würde, ob die Steuerpflichtigen tatsächlich pandemiebedingt in Schwierigkeiten geraten sind, was mit verhältnismässigem Aufwand kaum möglich wäre.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7264 Regazzi**

#### **Strategiewechsel beim Bundesrat bzgl. Bauprojekte**

Die SBB dürfen nach heftigen Interventionen von verschiedenster Seite ihre Immobilien-Projekte nun doch noch umsetzen. Deren angekündigte Sistierung kam völlig überraschend, gelten doch solche Investitionen als konjunkturfördernd. Im Sommer vergangenen Jahres sagte der Bundesrat noch zu, Bauprojekte fördern zu wollen. Was unternimmt der BR, dass die öffentlichen Bauherren auf Bundesebene Projekte nicht sistieren und die Bauwirtschaft ihren Beitrag zur Abfederung der Wirtschaftskrise ihren Beitrag leisten kann?

#### **Antwort**

Bereits am 27. März 2020 hat die Koordinationskonferenz der öffentlichen Bau- und Liegenschaftsorgane KBOB Empfehlungen zur Milderung der Auswirkung auf die Schweizerische Volkswirtschaft durch das Coronavirus veröffentlicht. Darin wird unter anderem empfohlen, laufende Arbeiten nicht zu sistieren und laufende Beschaffungen weiterzuführen. Diese Empfehlungen werden auch von der Interessengemeinschaft privater, professioneller Bauherren IPB unterstützt.

Bei den öffentlichen Bauherren auf Bundesebene sind keine Sistierungen vorgesehen, und aktuell sind auch keine Sparprogramme angedacht. Vielmehr ist für die Bauwirtschaft Planungssicherheit und Stabilität bei den Aufträgen der öffentlichen Hand wichtig.

Über die KBOB findet zudem weiterhin ein Austausch mit den Wirtschaftsverbänden wie bauenschweiz und IPB, welcher auch die SBB Immobilien angehören, statt.

Der Bundesrat erachtet es derzeit nicht als erforderlich, zusätzliche Massnahmen zu ergreifen.



## Heure des questions du 15 mars 2021

### Question 21.7281 Feller

#### **Élaboration d'une nouvelle réglementation concernant la déduction des frais professionnels. Une procédure de consultation est-elle prévue?**

En réponse à la question 21.7041, le Conseil fédéral confirme que l'Administration fédérale des contributions a créé un groupe de travail chargé d'examiner les contours d'une nouvelle réglementation relative à la déduction des frais professionnels puis de rendre un rapport en novembre 2021. Vu l'importance de la question pour les employeurs et les employés, le Conseil fédéral envisage-t-il de soumettre une éventuelle révision de la réglementation actuelle à une procédure de consultation?

### **Réponse**

Der Bundesrat wird nach Kenntnisnahme des Berichtes der Arbeitsgruppe über das weitere Vorgehen entscheiden. Bei einer Rechtsänderung würde ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.



## **Fragestunde vom 15. März 2021**

### **Frage 21.7287 Schneeberger Bauprojekte als Konjunkturförderung gegen Kurzarbeit**

Bundesnahe Betriebe wie die ETH haben zu Beginn des Jahres Bauprojekte aufgrund pandemie-bedingter Unsicherheiten sistiert. Der Bundesrat hatte aber in der Beantwortung meiner Interpellation 20.3960 noch die Wichtigkeit solcher Investitionen anerkannt und Projekte der ETH als positive Beispiele benannt. Wie beabsichtigt der Bundesrat die sistierten Bauprojekte wieder auf Plan zu bringen um damit die Gesamtwirtschaft der Schweiz zu stabilisieren und die Rezession abzufedern?

#### **Antwort**

Der Anteil Aufträge der öffentlichen Hand bleibt eine wichtige Stütze der Bauwirtschaft. Allein die ETH Zürich plant Investitionen in den Bau- und Immobilienbereich in der Höhe von 180 bis 200 Millionen pro Jahr. Auch die anderen Institutionen des ETH-Bereichs investieren weiterhin in ihre Infrastruktur. Es wird beim ETH-Bereich weiterhin mit einem sehr hohen durchschnittlichen Bauvolumen von rund 326 Mio. CHF pro Jahr geplant. In den von der Fragestellerin genannten Projekten handelt es sich nicht um Sistierungen, sondern um Priorisierungen im Sinne einer Gesamtbetrachtung. Der ETH-Bereich ist und bleibt ein verlässlicher Partner der Schweizer Bauwirtschaft.

Auch bei den anderen öffentlichen Bauherren auf Bundesebene sind keine Sistierungen vorgesehen, und aktuell sind auch keine Sparprogramme angedacht.



## Fragestunde vom 15. März 2021

### Frage 21.7318 Zuberbühler.

#### Verkauf der RUAG Ammotec: RUAG-Chef André Wall ignoriert Nationalratsentscheid

Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur AWI3 liess sich RUAG-Chef André Wall am 9. März wie folgt zitieren: «Wir steigen aus allen rüstungsnahen Geschäftsbereichen aus». Dies betreffe u.a. die Munitionsfabrik Ammotec in Thun. Der Verkaufsprozess der Munitionssparte sei im Dezember gestartet und soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Mit deutlicher Annahme der Motion 19.3154 will der Nationalrat den Verkauf der Munitionssparte stoppen. Ist dieser Entscheid für RUAG-Chef Wall nicht bindend?

#### Antwort

Der Bundesrat hat im März 2019 beschlossen, die frühere RUAG in einen Schweizer und einen internationalen Teil aufzuspalten und Letzteren – die RUAG International – vollständig zu privatisieren. Zu RUAG International gehört auch der Munitionshersteller Ammotec. In den geltenden strategischen Zielen für die RUAG bzw. ihre Muttergesellschaft richtet der Bundesrat die Erwartung an das Unternehmen, für Ammotec bis Ende 2020 Verkaufsvorbereitungen zu treffen und den Geschäftsbereich an einen westlichen Käufer verkaufen, der bereit ist, den Standort Thun längerfristig weiter zu betreiben.

Am 1. März 2021 hat der Nationalrat als Erstrat die Motion 19.3154 Salzmann (Zuberbühler) angenommen, die den Bundesrat beauftragt will, den Verkauf von Ammotec zu stoppen. Der Ständerat wird sich voraussichtlich in der Sommersession mit der Motion befassen. Im Sommer 2020 hat der Ständerat eine gleichlautende Motion abgelehnt.

Solange der Ständerat die Motion 19.3154 nicht behandelt hat, wird RUAG Ammotec nicht verkauft. Im Moment gilt für RUAG International aber noch die Erwartung des Bundesrats, RUAG Ammotec zu verkaufen und die dafür nötigen Verkaufsvorbereitungen zu treffen.